

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Frido Dietz, Heinz Gommlich und Werner Karr

Ostdeutsche Arbeitskräfte in Westdeutschland

25. Jg./1992

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Ostdeutsche Arbeitskräfte in Westdeutschland

*Frido Dietz, Heinz Gommlich und Werner Karr**

Seit etwa Mitte 1989, also schon vor der endgültigen Grenzöffnung zwischen der damaligen DDR und der (alten) Bundesrepublik, stieg die Zahl der Übersiedler steil an. Nach einem Höhepunkt im November 1989 bewirkte der Fall der Mauer eher eine Entspannung, wobei das Niveau der monatlichen Abwanderungszahlen aber hoch blieb. Ein erneuter Anstieg erfolgte nach der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990, als vielen der damaligen DDR-Bürger die desolate Lage ihrer Wirtschaft durch den Zusammenbruch einer Vielzahl von Betrieben schmerzlich bewußt wurde.

Gleichzeitig versuchten andere, eine Arbeit im Westen zu finden, ohne den Wohnsitz im Osten aufzugeben. Diese Ost-West-Pendler erhöhten zusammen mit den Übersiedlern bzw. den Abwandernden das Arbeitskräfteangebot in Westdeutschland bis Ende 1991 um insgesamt 1,2 Mio. Erwerbspersonen. Dieses Arbeitskräfteangebot traf in der damals boomenden Wirtschaft auf einen beachtlichen Bedarf an Arbeitskräften, wie er durch die von Mitte 1989 bis Ende 1991 erfolgte Ausweitung der Beschäftigung um 1,7 Mio. belegt wird.

Allerdings bestand der Mangel an Arbeitskräften nicht gleichermaßen in allen Regionen und Branchen, so daß sich die Frage stellte, inwieweit die ostdeutschen Arbeitskräfte in Regionen, Branchen und Betrieben freie Arbeitsplätze besetzen konnten und inwieweit sie bereits als Konkurrenten westdeutscher Arbeitnehmer/Arbeitsloser auftraten und möglicherweise sogar Verdrängungen verursachten.

Die vorliegende Untersuchung zeigt neben einigen Strukturmerkmalen der 1,2 Mio. ostdeutschen Arbeitskräfte in Westdeutschland deren regionale Verteilung nach Arbeitsamtsbezirken, ihre Verteilung auf die wichtigsten Branchen sowie auf Betriebe nach Betriebsgrößenklassen.

- Die absolut höchsten Zahlen ostdeutscher Arbeitskräfte findet man (neben Berlin) in den Großstadtbezirken München, Hamburg, Stuttgart und Nürnberg. Hier arbeiten knapp über 10% dieser Erwerbspersonen (zum Vergleich: in Berlin sind es alleine etwa 20%). Im westlichen Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Südbayern gehen diese Anteile pro Arbeitsamt auf teilweise unter 0,5% zurück.
- Betrachtet man den Anteil ostdeutscher Arbeitskräfte an allen Beschäftigten einer Region, so ergeben sich hohe Werte vor allem in den an der ehemaligen Zonengrenze liegenden Arbeitsamtsbezirken, die überwiegend als strukturschwach gelten. Die Ausweitung der Beschäftigung ist in solchen Regionen z. T. mit einem *Anstieg* der Arbeitslosigkeit verbunden (Beispiele sind Göttingen, Hof oder Schweinfurt).
- Eine Kombination der (relativen) Zuströme mit der in der Region beobachteten Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit läßt jene Gebiete erkennen, in denen ostdeutsche Arbeitskräfte vorwiegend zur Beseitigung der Arbeitskräfteknappheit beitrugen, ohne einen besonderen Angebotsdruck zu verursachen. Andererseits lassen sich aber auch jene Gebiete identifizieren, in denen eine Ausweitung der Beschäftigung bei hohen Zustromzahlen mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden ist.
- Ähnliche Effekte findet man in den aufnehmenden Wirtschaftszweigen: Hier gibt es welche (z. B. das Friseur- und Körperpflegegewerbe), die bei schrumpfender Gesamtbeschäftigung eine große Zahl ostdeutscher Arbeitskräfte eingestellt haben, und andere (z. B. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe), wo die Ausweitung der Beschäftigung um ein Vielfaches über den Einstellungen Ostdeutscher liegt.
- Daß Arbeitskräftemangel primär ein Problem von Klein- und Mittelbetrieben ist, wird durch die Verteilung der einpendelnden und zugewanderten ostdeutschen Arbeitskräfte überwiegend auf diese Betriebe bestätigt. 46% der Ostdeutschen werden in Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern beschäftigt; insgesamt (alle Beschäftigte in Westdeutschland) arbeiten in diesen Betrieben nur 37%.

Das zuletzt genannte Ergebnis weist auch auf ein überdurchschnittlich hohes Arbeitsplatzrisiko ostdeutscher Arbeitskräfte hin: Klein- und Mittelbetriebe reagierten deutlich schneller und stärker auf konjunkturelle Schwankungen. Die gegenwärtige rezessive Phase mit einem erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit in 1993 gegenüber 1992 um mehrere hunderttausend Personen (jahresdurchschnittlich, je nach zugrundegelegter Wachstumsrate) könnte die ostdeutschen Arbeitskräfte in Westdeutschland härter treffen als die übrige Erwerbsbevölkerung.

* Dr. Werner Karr ist Leiter des Bereichs „Analytische Statistik, internationale und regionale Arbeitsmarktforschung“ im IAB. Frido Dietz und Heinz Gommlich sind Mitarbeiter in diesem Bereich. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

Gliederung

- 1 Vorbemerkungen
 - 2 Einige begriffliche Klärungen
 - 2.1 Übersiedler
 - 2.2 Zuzüge von Deutschen aus Ostdeutschland
 - 2.3 Pendler
 - 3 Zum Umfang der Wanderungsbewegungen und Pendlerströme
 - 3.1 Umfang der Wanderungen
 - 3.2 Zahl der Pendler
 - 4 Strukturmerkmale von Wanderern und Pendlern
 - 5 Pendler und Zugewanderte in westdeutschen Regionen
 - 5.1 Die absolute Verteilung ostdeutscher Arbeitskräfte auf westdeutsche Arbeitsamtsbezirke
 - 5.2 Beschäftigtenanteile ostdeutscher Arbeitskräfte in westdeutschen Regionen (Arbeitsamtsbezirken)
 - 5.3 Entlastungen und Belastungen auf regionalen Arbeitsmärkten
 - 6 Pendler und Zugewanderte nach Stellung im Beruf und nach Geschlecht
 - 7 Die Verteilung ostdeutscher Arbeitskräfte auf Wirtschaftszweige und Betriebe
 - 7.1 Aufnehmende Wirtschaftszweige
 - 7.2 Aufnehmende Betriebe nach Betriebsgrößen
 - 8 Schlußbetrachtung
 - 9 Statistische Quellen und Methode der Aufbereitung der verwendeten Daten
- Tabellenanhang

I Vorbemerkungen

Seit der Wende im Herbst 1989 haben viele Bewohner der ehemaligen DDR das Land verlassen und sind in die (alte) Bundesrepublik übersiedelt.

Die ersten Wanderungen dieser Art, ob über Ungarn, die Tschechoslowakei, andere Drittländer oder später direkt von Ostdeutschland nach Westdeutschland, waren sicher überwiegend politisch motiviert, wenngleich das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost auch schon immer einen zusätzlichen Wanderungsdruck ausgeübt hat. Seit sich die Wiedervereinigung als politisch möglich abzeichnete, spätestens seit dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion am 01.07. 1990, dominierten jedoch wirtschaftliche Überlegungen bei den Umzugsmotiven. Dabei standen zunächst sicher Unterschiede bei Einkommen und Lebensstandard im Vordergrund. Mit dem fortschreitenden Arbeitsplatzabbau im Osten und der dort ansteigenden Arbeitslosigkeit traten Überlegungen der Arbeitsplatzsicherheit hinzu, die gegenwärtig sogar als Hauptmotiv für Ost-West-Wanderungen zu betrachten sind¹. Danach werden Region oder Arbeitsort, Wirtschaftszweig und teilweise sogar der Betrieb gezielt unter Aspekten der Berufstätigkeit ausgewählt.

¹ Nach einer Untersuchung des DIW ist eingetretener oder drohender Arbeitsplatzverlust gegenwärtig das Hauptmotiv für Abwanderungen. Vgl. dazu Abwanderungen von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland; DIW-Wochenbericht 5.6/92 vom 30. 01. 1992.

Parallel dazu und zunächst mit steigender Tendenz versuchten Bewohner der neuen Bundesländer, eine Beschäftigung in Westdeutschland und West-Berlin zu finden, ohne daß sie ihren Wohnsitz im Osten aufgegeben haben. Sie tun dies ebenfalls, um der sich in den neuen Bundesländern ausbreitenden Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu entgehen, aber auch, um die nach wie vor deutlich höheren Einkommen im Westen zu erzielen.

Die meisten dieser Pendler finden einen Arbeitsplatz im Umfeld der ehemaligen innerdeutschen Grenze oder in West-Berlin, wenngleich manche von ihnen abenteuerlich anmutende nächtliche Busfahrten dabei in Kauf nehmen müssen, um beispielsweise täglich nach Nürnberg oder in den Großraum Frankfurt zu gelangen. Bei anderen ist die Distanz für eine tägliche Rückkehr zur Wohnung zu groß; sie haben einen zweiten Wohnsitz (Container, Pensionen, Gemeinschaftsunterkünfte, Zimmer zur Untermiete, Wohnung usw.) und fahren nur an den Wochenenden oder in anderen Abständen nach Hause.

Zwischen der zuletzt genannten Gruppe der Fernpendler und der zuerst genannten Gruppe der „Wanderer“, also jener, die ihren Wohnsitz definitiv verlagert haben, sind die Übergänge fließend. Der eine fährt am Wochenende zu Eltern oder Ehepartner „nach Hause“; der andere „besucht“ sie am Wochenende.

Während Zuzüge von Arbeitskräften und einpendelnde Arbeitskräfte ohne weiteren Unterschied das Arbeitskräfteangebot im Westen erhöhen und den zur Zeit schwierigen Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern entlasten, werden sie arbeitsmarktpolitisch doch unterschiedlich beurteilt: Abwanderungen eher negativ, weil sie selektiv erfolgen, weil also Leistungsstärkere, Jüngere, Qualifizierte, Spezialisten auf Dauer den neuen Bundesländern verlorengehen und damit gerade jenen Standortfaktor vermindern, der gemeinhin im Osten Deutschlands als der gewichtigste gilt: die Qualifikation der Erwerbspersonen. Aus Sicht der alten Bundesländer, und das ist Gegenstand dieser Untersuchung, dürften die zugewanderten bzw. zuwandernden Arbeitskräfte dem teilweise bestehenden Fachkräftebedarf entgegenwirken. Allerdings kann es auch in Regionen, in denen ein entsprechender Mangel nicht besteht, zu unerwünschten Verdrängungen kommen.

Dagegen sieht man im Entstehen von (weitgehend einseitigen) Pendlerströmen eher Vorteile: Der Ost-Arbeitsmarkt wird entlastet; die im Westen erzielten höheren Einkommen schaffen zusätzliche Nachfrage; die Beschäftigung im Westen schafft zusätzliches Know how; der Zustand ist reversibel. Aber auch hier gilt, daß in westlichen Regionen, die vorwiegend im früheren Grenzgebiet liegen, die Verdrängungsprozesse überwiegen können. Darüber hinaus kann unterstellt werden, daß sich unter Pendlern die Neigung verstärkt, in ihre neue Arbeitsmarkregion auch ihren Wohnsitz zu verlagern, je länger die Arbeitsmarktprobleme in ihrer Heimatregion anhalten.

Von beiden Phänomenen, Wanderungen und Pendlerströmen, hat man vage Vorstellungen über ihre Größenordnungen, auch über die wichtigsten Personenstrukturen.

Dagegen ist weitgehend unbekannt, wo, also in welchen Regionen oder Orten sie im Westen der Bundesrepublik arbeiten, in welchen Wirtschaftszweigen sie dies tun und wo in der Ambivalenz zwischen erwünschtem zusätzlichem Kräfteangebot und einhergehenden Verdrängungsmechanismen das eine oder andere überwiegt.

Die folgenden Ausführungen haben vor allem die zuletzt genannten strukturellen Aspekte zum Gegenstand. Sie werden zeigen, wo Arbeitskräfte aus Ostdeutschland regional und wirtschaftsfachlich arbeiten und inwieweit dies in Bereichen oder in Branchen mit Arbeitskräftemangel entlastend wirkt oder ggf. bereits eine Belastung durch Verdängungsvorgänge zu konstatieren ist.

2 Einige begriffliche Klärungen

Obwohl im folgenden die Verteilung der Beschäftigten aus Ostdeutschland in einzelnen Regionen und Wirtschaftszweigen beschrieben wird, wird doch aus technischen Gründen ab und zu auf Fachtermini, die den entsprechenden Statistiken zugrunde liegen, zurückgegriffen. Sie werden hier kurz erläutert. Im Vordergrund stehen dabei Begriffe wie Übersiedler, Zuwanderer und Pendler.

2.1 Übersiedler

Als Übersiedler wurden/werden deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige bezeichnet, die aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) in die Bundesrepublik zugezogen sind, entweder legal, mit einer Ausreiselerlaubnis oder Entlassung aus einer Haftanstalt in die Bundesrepublik oder illegal als Flüchtlinge. Die vom Bundesausgleichsamt erstellte Statistik für diesen Personenkreis wurde im Juli 1990 eingestellt.

2.2 Zuzüge von Deutschen aus Ostdeutschland (Wanderungsstatistik)

Die Statistik der Zuwanderer aus der ehemaligen DDR (einschließlich Berlin-Ost) knüpft an das Meldeverfahren bzw. die Registrierung der Zuwanderer bei den Einwohnermeldeämtern an. Die Zahlen sind aus verschiedenen Gründen *nicht* identisch mit den Übersiedlern:

- Zum einen klafft oft eine zeitliche Lücke zwischen der Registrierung als Übersiedler und der vorläufigen oder endgültigen Niederlassung am neuen Wohnort,
- zum anderen sind Zugezogene aus der DDR z.T. ohne Berührung einer Aufnahmestelle direkt – z.B. zu Verwandten, Freunden, Bekannten – an den neuen Wohnort gezogen.

So weist denn die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes für 1989 bei 388 000 Zuzügen aus der damaligen DDR 344 000 Übersiedler aus.

Während für die zurückliegenden Jahre Wanderungszahlen und Übersiedlerzahlen nebeneinander verfügbar waren, werden seit Juli 1990 Zuzüge aus der ehemaligen DDR bzw. den neuen Bundesländern nur noch im Rahmen der üblichen Wanderungsstatistik ermittelt.

Auf folgende Besonderheiten ist noch hinzuweisen: Auch in der ehemaligen DDR wurden Wanderungsstatistiken geführt, und zwar auf der Basis des Zentralen Einwohnerregisters in Berlin/Ost (ZER). Diese Stelle arbeitete noch bis Ende 1992. Soweit Personen aus den neuen Bundesländern ihren Wohnsitz nach Westdeutschland verlegen und sich ordnungsgemäß abmelden, lassen sich Umfang, Richtung, Struktur der Wanderungen auch über diesen Meldeweg feststellen. Das IAB erhielt regelmäßig Magnetbänder

mit den neuesten (Ab-)Wanderungsdaten des ZER. Die folgenden Ausführungen basieren zum Teil auf diesen Daten.

2.3 Pendler

Die Pendlereigenschaft haben jene Erwerbstätigen, die nicht am Arbeitsort wohnen und in der Regel täglich, häufig aber auch in größeren zeitlichen Abständen, vom Wohnort zum Arbeitsort und zurück bzw. in umgekehrter Reihenfolge fahren müssen. Die (relative) Zahl der Pendler nimmt natürlich mit zunehmender Größe des Ortes oder der Region ab, angefangen von den Gemeinden über die Kreise bis zu Arbeitsamtsbezirken oder anderen Arbeitsmarktregionen. Im hier untersuchten Zusammenhang spielt dieser Effekt allerdings keine Rolle, da nur die Erwerbstätigen betrachtet werden, die ihren Wohnsitz in den neuen Bundesländern, ihren Arbeitsplatz aber in Westdeutschland bzw. West-Berlin haben, die also über die ehemaligen innerdeutschen Grenzen pendeln. Der Fragestellung entsprechend werden dabei vor allem die regionale/sektorale Verteilung von Ost-West-Pendlern betrachtet.

3 Zum Umfang der Wanderungsbewegungen und Pendlerströme

Seit der Wende wußte man, daß für eine Übergangszeit, die allmählich länger wird als man befürchtete, verlässliche statistische Daten für die ehemalige DDR bzw. die neuen Bundesländer, auch natürlich für Verflechtungsvorgänge zwischen alten und neuen Bundesländern, fehlen werden. Besonders schmerzlich empfindet man dies auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und allen damit eng zusammenhängenden Fragen. Die aktuelle Erwerbstätigenzahl muß schon beinahe als Residualgröße geschätzt werden, wenn man eben von der Zahl der ehemals Beschäftigten alle „Aufgangskonten“, vom Vorruhestand über Maßnahmen nach dem AFG bis zur Arbeitslosigkeit hin abzieht. In gleicher Weise gilt dies für den hier behandelten Problemkreis. Man kennt im günstigsten Fall die Größenordnung; sie wird für Wanderungen und Pendler kurz vorgestellt.

3.1 Umfang der Wanderungen

Während man bis vor kurzem den Umfang der Ost-West-Wanderungen seit der Wende anhand der Übersiedlerzahlen des Bundesausgleichsamts oder des Zentralen Einwohnerregisters (siehe oben) abschätzte, liegen nun erste Zahlen des Statistischen Bundesamtes vor.

Danach betragen die Ost-West-Wanderungen im Jahr 1989 388 000 Personen² (zum Vergleich, das Bundesausgleichsamt registrierte 344 000 Übersiedler). Für das Jahr 1990 werden 396 000 Wanderungen und für das Jahr 1991 250 000 Wanderungen genannt, zusammen also 1,034 Mio. Personen.

Die Zahlen der Wanderungen sind von 1989/1990 hin zu 1991 rückläufig und werden sich möglicherweise stabilisieren³. Nimmt man aus dieser Zahl die Personen heraus, die nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 16 Jahre, über 65 Jahre), insgesamt etwa 25%, und reduziert die übrigen um weitere 5% für Nichtbeteiligung am Erwerbsleben, verbleiben als Zuwachs an Erwerbspersonen bis Ende 1991 rund 700 000 Personen.

² Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung, 1989, S. 174.

³ Vgl. dazu auch: Binnenwanderungsprozesse in Deutschland 1991. In: BfLR-Mitteilungen 4/92, S. 6 und 7.

3.2 Zahl der Pendler

Auch die Zahl der Pendler ist eine vergleichsweise unsichere statistische Größe. Sie wurde bisher im Arbeitsmarkt-Monitor durch Infratest für die Bundesanstalt für Arbeit ermittelt.

Die fünf Erhebungswellen des Arbeitsmarkt-Monitors ergaben

Erhebungsmonat	Zahl der Pendler (1000)
11/90	206
3/91	306
7/91	446
11/91	541
5/92	451/463 ⁴

In der Nähe dieser Zahlen liegen die im Sozio-ökonomischen Panel (Ost), (SOEP), durch das DIW ermittelten Werte. Trotzdem merkt Infratest in einer seiner letzten Berichterstattung an, daß der Wert für 11/91, also die 541 Tausend Ost-West-Pendler, mit gewissen Unsicherheiten behaftet sei und eher eine Obergrenze darstelle⁵.

Verlässliche Zahlen wird in absehbarer Zeit die Beschäftigtenstatistik der BA liefern, da das Meldeverfahren neuerdings die Beschäftigten nach Wohn- und Arbeitsort nachweist. Allerdings werden auch hier einige Unsicherheiten bleiben: Wo Pendler nicht täglich zum Wohnort zurückkehren (Fernpendler), wo sie also einen zweiten Aufenthaltsort haben, sind sie z.T. auch unter dieser (West-) Adresse angemeldet. Eine Identifizierung in der Beschäftigtenstatistik ist dann überwiegend nicht mehr möglich.

Gegenwärtig muß aber noch berücksichtigt werden, daß das Meldeverfahren mit seinen verzögerten Meldeeingängen eben nicht den aktuellen Sachstand wiedergibt. Im Dezember 1991 waren lediglich 317 Tsd. Ost-West-Pendler erfaßt. Diese Untererfassung beruht neben den schon erwähnten Gründen aber auch auf der unterschiedlichen Abgrenzung der Personenkreise im Monitor und in der Beschäftigtenstatistik. Während man die im Monitor ermittelten Pendlerzahlen eher als Obergrenze ansehen kann, stellen die entsprechenden Zahlen der Beschäftigtenstatistik eine Untergrenze dar.

In den folgenden vier Abschnitten werden zunächst in aller Kürze die wichtigsten sozioökonomischen Grunddaten aus den verschiedenen Quellen vorgestellt, dann – als eigentlicher Schwerpunkt dieser Untersuchung – die regionale Verteilung der ostdeutschen Arbeitskräfte. Kurz gestreift wird ihre Verteilung nach Stellung im Beruf und Geschlecht; danach nimmt abschließend die Verteilung auf aufnehmende Wirtschaftszweige und Betriebe (nach Betriebsgrößenklassen) nochmals breiteren Raum ein.

Damit sind die verfügbaren Informationen weitgehend ausgeschöpft. Verzichtet wurde auf eine Darstellung von Beruf und Qualifikation, die bei gleichzeitiger Verwendung von Wirtschaftszweigen kaum zusätzliche Aufschlüsse bringen. Verzichtet wurde auch auf die Darstellung der Herkunftsregionen.

4 Strukturmerkmale von Wanderern und Pendlern

Die wichtigste Quelle für demographische Strukturmerkmale und für die Erwerbstätigkeitsstrukturen für *Pendler* ist noch immer der schon erwähnte Arbeitsmarkt-Monitor⁷. Daneben tritt aber jetzt auch die Beschäftigtenstatistik, die die Pendler wegen des Zeitaufwands im Meldeverfahren zwar noch untererfaßt, die aber im Hinblick auf Strukturanalysen durchaus herangezogen werden kann.

Für Personen, die ihren Wohnsitz dauerhaft in den Westen verlegt haben, stehen nur wenige Informationen zur Verfügung. Hier kann man höchstens aus folgender Gegebenheit – hilfsweise und unter Hinnahme von Verzerrungen – weitere Aufschlüsse erhalten: Die Beschäftigtenstatistik enthält zum Stichtag 31.12.1991 rund 90 000 Personen, deren Versicherungsnummer in den neuen Bundesländern vergeben wurde, die aber im Westen arbeiten und auch als im Westen wohnend gemeldet sind. Es wurde schon erwähnt, daß in diesem Personenkreis eine unbekannte Zahl von Fernpendlern mit Zweitwohnsitz im alten Bundesgebiet enthalten ist. Ohne Zweifel enthält diese Zahl aber auch viele Personen, die nach dem Westen umgezogen sind. Die Abweichungen in den Strukturen dieser Gruppe gegenüber den Strukturen der eindeutig als Pendler zu identifizierenden Gruppe können mithin als Tendenz gedeutet werden, in der sich die Wanderer von den Pendlern unterscheiden.

Nach der Übersicht I sind folgende Auffälligkeiten hervorzuheben:

- Die meisten Pendler sind Männer (73 – 76%), wogegen die Geschlechterproportion bei den Abgewanderten eher ausgeglichen ist (Männer 55%, Frauen 45%).
- Die Abgewanderten sind überwiegend jünger (62% unter 30 Jahren; bei den Pendlern sind dies nur 47 – 48%).
- Während bei den Pendlern rund 28% im Verarbeitenden Gewerbe, aber rund 35% im Baugewerbe und im Handel arbeiten, sind bei den Abgewanderten 35% im Verarbeitenden Gewerbe, aber nur 26% im Baugewerbe und im Handel beschäftigt.

Die Westpendler – man wird annehmen können, daß dies ähnlich auch für die Zugewanderten gilt – sind in mehrfacher Weise mit ihrer Arbeit oder damit zusammenhängenden Aspekten zufriedener als Arbeitnehmer im Osten.

So beurteilen sie im November 1991 (Arbeitsmarkt-Monitor) ihren Verdienst, ihre Aufstiegschancen, den Einsatz ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten, die Zusammenarbeit mit den Kollegen oder die beruflichen Zukunftserwartungen durchweg positiver. In weit höherem Maße als Arbeitnehmer im Osten haben sie ihren Arbeitsplatz selbst gesucht und mehr als doppelt so häufig haben sie den Beruf gewechselt, was auf eine höhere Flexibilität schließen läßt.

5 Pendler und Zugewanderte in westdeutschen Regionen

Eingangs wurden bereits die Größenordnungen genannt, um die das westdeutsche Erwerbspotential (im engeren Sinne die westdeutschen Erwerbstätigen – Inlandskonzept –) durch Personen aus Ostdeutschland angestiegen ist: Bis Ende 1991 um rund 700 000 zugewanderte Arbeitskräfte, die per November 1991 um ca. 540 Tsd. Pendler auf 1,240 Mio. zu erhöhen sind. Die Zunahme der Erwerbstätigen (Inlandskonzept/West) von Mitte 1989 bis Ende 1991 um gut 1,7 Mio. ist also überwiegend auf diese Ost-West-

⁴ Je nach Abgrenzung des Hauptwohnsitzes.

⁵ Infratest-Sozialforschung; Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, Umfrage 11/91, BeitrAB 148.4, S. 43.

⁷ Vgl. dazu IAB-Kurzbericht vom 8. 10. 1991; Kurzbericht Nr. 27 vom 16. 12. 92 für die Erhebung Mai 1992.

Übersicht 1: Strukturen von Pendlern und Abwanderern

Quelle	Pendler lt. Monitor	Pendler lt. Beschäftigtenstatistik (BST)	Wanderer / Fernpendler lt. BST	Abwanderer lt. Unterlagen des ZER
Merkmal	5/92 %	12/91 %	12/91 %	%
Geschlecht				
männlich	76	73	58	55
weiblich	24	27	42	45
Alter				
16–19	13	9	9	14
20–24	13	18	29	28
25–29	22	20	20	20
30–39	25	31	23	22
40–49	19	16	13	11
50 u. älter	8	7	5	5
Herkunftsland				
Mecklenburg-Vorpommern	13	10		15
Brandenburg	16	16		12
Sachsen-Anhalt	11	13		21
Sachsen	11	14		34
Thüringen	20	21		18
Berlin-Ost	29	27		–
Wirtschaftsbereiche				
Landwirtschaft	2	1	1	
Baugewerbe	13	16	9	
Verarbeitendes Gewerbe	31	28	35	
Handel	17	18	17	
Verkehr, Post	8	8	6	
übrige Bereiche	24	29	30	

Drift zurückzuführen bzw. wäre ohne sie kaum möglich gewesen (darauf kommen wir später nochmals zurück). Die Zunahme beweist auch, daß der westdeutsche Arbeitsmarkt in den zurückliegenden Jahren in beachtlichem Maße aufnahmefähig war. In dem hier untersuchten Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob sich die zuwandernden und einpendelnden Erwerbstätigen auch auf jene Regionen verteilen, in denen zumindest eine partielle Arbeitskräftemangel zu konstatieren ist, oder ob und inwieweit sie in eher schwachen Arbeitsmarktregionen das Arbeitskräfteangebot zusätzlich erhöhten.

Diese Frage soll gleich vorneweg mit einem Beispiel illustriert werden:

Die Zahl der Zugewanderten und Einpendelnden aus den neuen Bundesländern ist zwar im Arbeitsamtsbezirk München mehr als doppelt so hoch wie im Arbeitsamtsbezirk Hof. Diese Arbeitskräfte treffen in München aber auf einen fast neunfach größeren Arbeitsmarkt mit Anspannungstendenzen, wohingegen sie in der strukturschwachen nordost-bayerischen Region Hof das auch schon vor der deutschen Vereinigung vorhanden gewesene globale Arbeitsplatz-Defizit noch verstärken. Solche Beispiele zwischen prosperierenden Arbeitsmarktregionen, überwiegend im Süden der Bundesrepublik, und strukturschwachen, arbeitsplatzdefizitären Regionen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze lassen sich noch viele finden.

Es liegt nun nahe anzunehmen, daß die Regionen nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze die Pendler aufzunehmen haben und die entfernter liegenden Regionen die

Abgewanderten. Dies trifft aber so nicht zu. Vielmehr findet man Personen, die ihren Wohnsitz auf Dauer in den Westen verlegt haben, auch in ehemals grenznahen Bezirken. Der Arbeitskräftezuwachs im Arbeitsamtsbezirk Bamberg (ehemaliges Zonenrandgebiet) resultiert zu fast zwei Dritteln aus Zuwanderern, zu einem Drittel aus Pendlern. Im entfernteren Nürnberg halten sich Zugezogene und Pendler etwa die Waage. Die Relationen Wanderer/Pendler in den einzelnen Regionen sollen hier aber nicht weiter verfolgt werden, für den regionalen Arbeitsmarkt ist die Summe beider Größen als kurzfristige – z.T. beträchtliche – Erhöhung des Arbeitskräfteangebots von entscheidender Bedeutung. Die regionale Verteilung dieser Größe von rund 1,2 Mio. zusätzlicher Arbeitskräfte in Westdeutschland (Stand Ende 1991) wird in drei Punkten dargestellt, und zwar absolut, dann aber auch bezogen auf die Zahl der in einer Region Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, um ihr Gewicht in der jeweiligen Region mit einzubeziehen. Zusätzlich werden die Regionen in einem Raster bewertet.

5.1 Die absolute Verteilung ostdeutscher Arbeitskräfte auf westdeutsche Arbeitsamtsbezirke

Wie wir aus den Erhebungen des Arbeitsmarkt-Monitors wissen, gehen rund 33% der ostdeutschen Pendler nach West-Berlin zur Arbeit, die übrigen zwei Drittel verteilen sich über das alte Bundesgebiet. Diese Relation wird von der Beschäftigtenstatistik bestätigt. Ganz anders verhält es sich mit Wanderungen bzw. Umzügen nach West-Berlin. Zwar fehlen Wanderungsdaten in der alten Trennung Ost-/

West-Berlin seit April 1991, als in Berlin ein einheitliches Meldewesen mit einheitlicher Registrierung eingeführt wurde, doch lassen die wenigen Zahlen im davorliegenden Zeitraum auf einen nur geringen Umfang von Zuzügen aus den neuen Bundesländern bzw. aus Ost-Berlin nach West-Berlin schließen. Dies verwundert nicht, wenn man an die Knappheit der Wohnungen und die Höhe der Wohnungsmieten im Westteil der Stadt denkt und an die vergleichsweise günstige Verkehrsinfrastruktur und die kurzen Wege zur Arbeit, die das Pendeln erleichtern.

Für die hier durchgeführte Betrachtungsweise des zusammengefaßten Arbeitskräfteangebots aus Ostdeutschland (Wanderer plus Pendler) bedeutet dies, daß der Anteil Westberlins von einem Drittel (bei den Pendlern) auf knapp 20% zurückgeht (Tabelle 1, Sp. 8).

Der mit rund 80% größere Teil von Wanderern und Pendlern verteilt sich über das ganze (alte) Bundesgebiet, wobei die Höhe der Anteile in den einzelnen Regionen durch eine Mischung aus regionaler Attraktivität einerseits und der Nähe zum Herkunftsgebiet andererseits bestimmt wird. So findet man nach Berlin (das im folgenden ausgeklammert bleibt) die höchsten Zahlen für ostdeutsche Arbeitskräfte in den vergleichsweise nahe zu den neuen Bundesländern liegenden Großstadt-Arbeitsamtsbezirken München, Hamburg, Stuttgart und Nürnberg. Alle vier Großstädte bzw. Ballungsgebiete haben Zustrom-Anteile von über 2%; zusammen absorbieren sie knapp über 10% der ostdeutschen Arbeitskräfte, die im Westen arbeiten. Als weitere Großstadt-Bezirke folgen Hannover und Frankfurt. Doch findet man bei diesen Größenordnungen auch schon Arbeitsamtsbezirke des ehemaligen Zonenrandgebietes, die in gleichem Umfang wie die zuletzt genannten Großstädte ostdeutsche Arbeitskräfte aufgenommen haben, nämlich Coburg, Göttingen, Hof, Braunschweig, Helmstedt, Bad Oldesloe usw.

Damit wird natürlich auch unmittelbar offenbar, daß gleichgroße Zuströme beispielsweise nach Göttingen oder Coburg eine andere Bedeutung haben als nach Hannover oder Frankfurt.

Wie man der Karte 1 entnehmen kann, verteilen sich Zuwanderer und Einpendler dann – mit Ausnahme der genannten herausgehobenen Orte – in einem breiten Streifen längs der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Im Nordwesten, Westen und Südosten der alten Bundesländer, also im westlichen Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie in Südost-Bayern liegen die Anteilswerte der Zuströme (je Arbeitsamts-Bezirk) bei unter 0,5%, dagegen weisen weite Teile Baden-Württembergs, Südhessens und auch Bayerns deutlich höhere Werte auf. Außerhalb des ehemaligen Zonenrandgebietes werden damit eindeutig die zumindest bisher prosperierenden Arbeitsmarktregionen, deren Schwerpunkte in den südlichen Bundesländern liegen, aufgesucht.

5.2 Beschäftigtenanteile ostdeutscher Arbeitskräfte in westdeutschen Regionen (Arbeitsamtsbezirken)

Die unterschiedliche Verteilung der zugewanderten oder einpendelnden Arbeitskräfte auf die einzelnen Regionen läßt erkennen, wie selektiv diese Arbeitnehmer bei ihrer Stellensuche vorgegangen sind. Welche Bedeutung der Zustrom von Arbeitskräften für die Region hat, zeigt sich aber erst, wenn man ihre Zahl in Beziehung setzt zur Zahl aller in der Region Beschäftigten. Bei dieser Betrachtungsweise liegen ausschließlich Arbeitsamtsbezirke entlang der

ehemaligen Zonengrenze, also durchgängig strukturschwache Regionen, an der Spitze der Skala. Sie haben die höchsten Beschäftigten-Anteile an ostdeutschen Arbeitskräften. Auch in dieser relativen Betrachtung liegt Berlin wieder an der Spitze. Es folgen

Coburg	Göttingen
Bad Hersfeld	Helmstedt
Goslar	Lüneburg
Hof	Lübeck
Bad Oldesloe	Schweinfurt
Uelzen	Bayreuth,
Fulda	

mit Ausnahme von Kassel und Braunschweig also alle an der ehemaligen Grenze liegenden Arbeitsamtsbezirke. Neben Ämtern der „zweiten Reihe“ wie Bayreuth, Celle, Hameln, Hildesheim, Verden, Bamberg usw. findet man aber auch schon hohe Beschäftigtenanteile ostdeutscher Arbeitskräfte in Nagold, Montabaur, Schwäbisch Hall, Tauberbischofsheim, Weißenburg, Freising, ja sogar im fernen Lörrach (Tabelle 1, Karte 2).

Während man relativ hohe Zahlen ostdeutscher Arbeitskräfte im ehemaligen Grenzbereich von vornherein vermutet hatte, fällt es schwer, sie für die zuletzt genannten Regionen zu erklären. Vorausgesetzt werden muß ein aufnahmefähiger Arbeitsmarkt, da es sich bei den nachgewiesenen Pendlern, Fernpendlern und Zugewanderten nicht in erster Linie um zugewanderte Arbeitsuchende handelt, sondern um Personen, die bereits eine Beschäftigung aufgenommen haben (bei einem Großteil der nachgewiesenen Personen ist gerade die ausgeübte sozialversicherte Tätigkeit am Arbeitsort im Westen der Nachweis für die Pendlereigenschaft; bei den Abwanderern nach den Unterlagen des ZER muß ein weithin gelungener Einstieg in die Erwerbstätigkeit unterstellt werden). Gemessen an den Arbeitslosenquoten der genannten Bezirke kann von einer vergleichsweise günstigen Arbeitsmarktsituation (zumindest im Jahr 1989, aber überwiegend auch in den beiden Jahren darauf) ausgegangen werden. Alle diese Arbeitsamtsbezirke, von Montabaur bis Freising, haben (1989) Arbeitslosenquoten unterhalb der Quote für das Bundesgebiet, aber auch unterhalb der Quoten ihrer Landesarbeitsamts-Bezirke aufzuweisen. Gemeinsam ist diesen Regionen weiterhin, daß Einpendler und Zugewanderte überwiegend im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind. Hier enden zunächst objektivierbare Befunde für eine Erklärung dafür, warum gerade Tauberbischofsheim, Montabaur, Freising oder die anderen genannten Regionen eine so hohe (relative) Zahl an Beschäftigten aus Ostdeutschland aufweisen. Möglicherweise ist dies das Ergebnis eines speziellen Prozesses, in dem bereits integrierte ostdeutsche Arbeitnehmer in expandierenden Unternehmen für weiteren Zustrom aus ihrem heimischen Umfeld (Verwandte, Bekannte) sorgten, dies auch unter den leichteren Bedingungen verfügbarer und bezahlbarer Wohnungen gegenüber den schwierigen Bedingungen in den Ballungsgebieten.

Bei der Betrachtung der Verteilung ostdeutscher Arbeitskräfte über das alte Bundesgebiet wurde bereits festgestellt, daß Pendler- und Zuwandererzahlen in weiter westlich liegenden Regionen immer geringer werden; dies gilt auch, wenn man ihren Anteil an den Beschäftigten betrachtet. Während ihre Anteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Arbeitsamtsbezirken des ehemaligen Grenzgebietes 15 bis 20% erreichen, nähern sie sich in nordrhein-westfälischen und saarländischen Bezirken und jenen im westlichen Niedersachsen einem Anteil von

2% an, spielen also dort eine vergleichsweise geringe Rolle. Dagegen ist das zuvor festgestellte Übergewicht von Wanderungen und Pendlern in den Süden der Republik zu relativieren. Bezogen auf die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben ostdeutsche Arbeitskräfte in Niedersachsen/Bremen und Schleswig-Holstein/Hamburg höhere Anteile als in Hessen, Baden-Württemberg und Südbayern. Da in grober Differenzierung der Arbeitsmarkt im Norden Deutschlands weniger günstig zu beurteilen ist als im prosperierenden Süden, ergeben sich aus diesem Befund auch weitere Indizien auf Belastungswirkungen aus dem (einseitigen) innerdeutschen Arbeitskräfteaustausch, die im folgenden näher beschrieben werden sollen.

5.3 Entlastungen und Belastungen auf regionalen Arbeitsmärkten

Als Maßstab, die Wirkung der Ost/West-Pendler bzw. –wanderer auf den regionalen Arbeitsmarkt einschätzen zu können, wird – wie erwähnt – ihre Größenordnung im Verhältnis zur Zahl aller Erwerbstätigen herangezogen. Da die letztgenannte Zahl nicht zur Verfügung steht, wird weiterhin hilfsweise die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer aus der Beschäftigtenstatistik verwendet. Die dadurch evtl. entstehenden regionalen Verzerrungen (in der Beschäftigtenstatistik sind weder die Selbständigen, die Beamten noch die geringfügig Beschäftigten registriert) werden hingenommen. Sie dürften die Charakteristik der Region nur unwesentlich beeinträchtigen.

Wird die eben beschriebene Quote mit weiteren Maßzahlen des jeweiligen Arbeitsmarktes kombiniert, so kann eine Übersicht erstellt werden, aus der erste Hinweise auf die regional unterschiedliche Wirkung der Ostwest-Drift entnommen werden können. Wesentliche Kriterien für die Beschreibung der Arbeitsmarktsituation, wie sie sich seit 1989 – dem Jahr der Mauerdurchlässigkeit – darstellt und mit der sich die Pendler bzw. Wanderer konfrontiert sehen, sind die Veränderungsraten der Beschäftigungs- und der Arbeitslosenentwicklung. Eine auf der Basis dieser drei Kriterien aufgebauten Konsistenztafel gliedert die einzelnen Arbeitsmarktregionen (Arbeitsamtsbezirke) in 8 Gruppen (s. Übersicht 2).

⁸ Da die Arbeitslosigkeit im Jahr 1991 weitgehend stagniert, wurde die Jahresmitte zum Vergleich herangezogen; damit sind (regional unterschiedliche) Veränderungen saisonaler Art ausgeschaltet.

Die Zuordnungen der einzelnen Regionen nach diesem Prinzip geht aus Tabelle 2 hervor. Zur Aufteilung wurde der Bundesdurchschnitt jeder Variablen herangezogen. Bei der Beschäftigungsentwicklung zwischen dem 30.6.1989 und dem 31.12.1991 beträgt er + 8,3%, die Zahl der Arbeitslosen ist zwischen dem 30.6.1989 und 30.6.1991⁸ um durchschnittlich 16,8% zurückgegangen und der durchschnittliche Anteil der Ost-West-Pendler bzw. –wanderer an allen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug Ende 1991 rd. 5%. Eine ungünstige Beschäftigungsentwicklung wurde jedoch nur dann angenommen, wenn die Zunahme unter 6,5% lag. Entsprechendes galt, wenn die Zahl der Arbeitslosen um weniger als 13% abgenommen hatte. Sofern der Anteil der ostdeutschen Beschäftigten an den Beschäftigten in der Region 4,5% überschreitet, wird er als relativ hoch eingeschätzt. In der Übersicht sind Veränderungsraten und die Quoten enthalten. Sie erlauben eine Relativierung der vorgenommenen Gruppeneinteilung, da die Streuung der Werte auch innerhalb der Regionaltypen teilweise erheblich ist. Zu beachten ist außerdem, daß die Zahl der in den einzelnen Regionen arbeitenden Ostdeutschen die beiden anderen Variablen, nämlich Beschäftigung und/oder Arbeitslosigkeit, beeinflussen. Dennoch dient diese Typisierung der Regionen dazu, Hypothesen zu formulieren und die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen weiter zu untersuchen.

Die auf diese Weise gewonnenen 8 Gruppen oder Regionaltypen lassen sich wie folgt interpretieren:

Typ 6: (gute Entwicklung bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, hohe Anteile ostdeutscher Arbeitskräfte) Gegenüber den anderen Regionen trafen bzw. treffen Ostdeutsche auf die beste Arbeitsmarktkonstellation. Im allgemeinen dürften hier die Einstellungen von Ostdeutschen unproblematisch verlaufen sein, da offensichtlich ein Arbeitskräftebedarf vorlag und die Arbeitslosigkeit sich stärker verringerte als im Bundesdurchschnitt.

Typ 8: (gute Entwicklung der Beschäftigung, weniger gute Entwicklung der Arbeitslosigkeit, hohe Anteile ostdeutscher Arbeitskräfte)

In diesen Regionen hat sich die Arbeitslosigkeit ungünstiger als im Durchschnitt entwickelt. Da sich aber das Beschäftigungsniveau überdurchschnittlich erhöht hat, kann ein spezifischer Arbeitskräftebedarf (Branchen, Berufe, Qualifikation) bestanden haben bzw. bestehen. Bei angestiegener Arbeitslosigkeit kann dies, muß jedoch nicht, auf stattgefundene Verdrängungsprozesse hindeuten.

Übersicht 2:

Beschäftigungsentwicklung							
unterdurchschnittlich				überdurchschnittlich			
Entwicklung der Arbeitslosigkeit							
besser		schlechter		besser		schlechter	
Anteil der Beschäftigten aus Ostdeutschland							
niedrig	hoch	niedrig	hoch	niedrig	hoch	niedrig	hoch
1	2	3	4	5	6	7	8

Übersicht 3: Verteilung ostdeutscher Arbeitnehmer in Westdeutschland auf die Regionstypen

Regionstypen	1	2	3	4	5	6	7	8
Anteile der Beschäftigten aus Ostdeutschland (%)	8,5	2,3	2,0	–	25,1	18,7	5,1	38,5

Typ 2: (unterdurchschnittliche Beschäftigungszunahme bei starkem Rückgang der Arbeitslosigkeit und hohen Anteilen ostdeutscher Arbeitskräfte)

Die relativ gute Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Absorption des überdurchschnittlich hohen ostdeutschen Arbeitskräfteangebots deuten daraufhin, daß dieses Angebot auf einen entsprechenden Bedarf stieß. Der (allerdings nur unterdurchschnittlich hohe) Anstieg des Beschäftigungsniveaus dürfte wesentlich auf den Zustrom ostdeutscher Arbeitnehmer zurückzuführen sein.

Typ 4: (ungünstige Entwicklung bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, hohe Anteile ostdeutscher Arbeitskräfte) Regionen in schwierigerer Arbeitsmarktsituation. Das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften verschärft die Probleme. Ggf. müßten auch Verdrängungsprozesse stattgefunden haben. (Anhand der beschriebenen Grenzwerte mußte keine Region diesem Typ zugeordnet werden.)

Die Regionaltypen 1, 3, 5 und 7 sind im Rahmen des behandelten Themas von geringerem Interesse, da in diesen Bezirken der Anteil von Beschäftigten aus den neuen Bundesländern unter 4,5% liegt, demnach als relativ gering angesehen wird. Dennoch muß betont werden, daß auch vergleichsweise geringe Zuwanderungen in einigen Regionen Nordrhein-Westfalens oder in Rheinland-Pfalz bei der gegebenen Arbeitsmarktverfassung und Entwicklung (Typ 7) eine zusätzliche Belastung darstellen können. Die genannten Regionaltypen werden aber in diese Untersuchung nicht einbezogen.

Die beschäftigten Ostdeutschen verteilen sich auf die einzelnen Regionaltypen sehr ungleichmäßig (Übersicht 3).

Genau 21% von ihnen befinden sich in den relativ unproblematischen Regionen der Typen 6 und 2. Darunter befinden sich auch Arbeitsamtsbezirke des früheren Grenzgebietes zur DDR. Immerhin fast 40% der in Westdeutschland arbeitenden Ostdeutschen verteilen sich auf die problematischeren Arbeitsmärkte des Typs 8, wobei allein auf den Westteil Berlins über 19% entfallen. Bei näherer Betrachtung der zu diesem Typ zählenden Regionen muß beachtet werden, daß einige, vor allem süddeutsche Arbeitsamtsbezirke, Arbeitslosenquoten aufweisen, die unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Ihre Arbeitsmarktsituation muß gegenüber den anderen des Regionaltyps 8 als weniger problematisch angesehen werden. Die restlichen 40% arbeiten in anderen Regionen (Typen 1, 3, 5, 7). Ihr Anteil an allen Beschäftigten liegt dort aber wie erwähnt unter 4,5%; Typ 4 blieb unbesetzt. Daraus kann auch ersehen werden, wie selektiv und informiert ostdeutsche Arbeitnehmer bei ihrer Arbeitsplatzwahl vorgegangen sind.

Betrachtet man die gebildeten Regionstypen im Zusammenhang mit den Arbeitsamtsbezirken, die ihnen definitionsgemäß zuzuordnen waren, stellt man fest, daß die schematische Vorgehensweise auch statistische Artefakte liefern kann. In der Gruppe des Typs 2 fällt Stuttgart mit vergleichsweise geringen Zuwächsen an Beschäftigung auf. Das dürfte daran liegen, daß bei hohem Ausgangsniveau

die Beschäftigung nicht mehr beliebig gesteigert werden kann.

Die Situation in den Arbeitsamtsbezirken des Typs 6 ist insgesamt positiv zu beurteilen. Er enthält eine Vielzahl von Regionen in einem breiten, in der alten Bundesrepublik eher östlich liegenden Band von Neumünster bis Weilheim. Viele von ihnen – besonders auch im ehemaligen Zonenrandgebiet – haben von der Wiedervereinigung profitiert, was an der überproportionalen Ausweitung der Beschäftigung abzulesen ist. Sie haben auch die beachtlichen Zuzüge bzw. die hohe Zahl von Einpendlern verkraftet, denn sie konnten daneben ihre Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich reduzieren. Als Beispiel sei Celle genannt, wo die Beschäftigung um 10,1% ausgeweitet wurde, wo etwa 8% der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Beitrittsgebiet stammen und die Arbeitslosigkeit um rund 20% reduziert wurde.

Dies ist in Ämtern des Typs 8 nicht in gleicher Weise gelungen. Zwar profitieren auch sie von der Wiedervereinigung, soweit man dies an der überdurchschnittlichen Ausweitung der Beschäftigung mißt. Die hohen Zustromzahlen (bis zu 20% der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wenn man vom Extremfall Berlin absieht) führen jedoch auch zu Verdrängungen, worauf die geringen Rückgänge der Arbeitslosigkeit bzw. deren Anstieg hindeuten. So wurde in Bad Hersfeld die Beschäftigung um 13% ausgeweitet; der Zustrom (Pendler und Zugewanderte) aus Ostdeutschland führte inzwischen zu einem Beschäftigtenanteil von ca. 17%, gleichzeitig stieg aber die Arbeitslosigkeit um rund 12% an. In vielen, vor allem den norddeutschen Gebieten des Regionaltyps 8, müssen Verdrängungsprozesse angenommen werden.

Zur Vorgehensweise muß abschließend nochmals erklärt werden, daß Grenzziehungen in kontinuierlichen Skalen und noch stärker die Kombination der dabei gebildeten Kategorien, obwohl in sich stimmig, im Einzelfall auch zur Auswahl extremer Einheiten führen kann. Zwischen den Arbeitsamtsbezirken des Typs 6 und des Typs 8 wird es mit Sicherheit auch fließende Übergänge geben: unter Verwendung zusätzlicher Informationen würde man vermutlich das eine oder andere Amt anders zuordnen.

6 Pendler und Zugewanderte nach Stellung im Beruf und Geschlecht

Die Frage, für welchen Typ Arbeitsplatz das zusätzliche Arbeitskräfteangebot in Westdeutschland Verwendung fand bzw. mit welcher Art Arbeitskräfte Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern konkurrieren, läßt sich – global gesehen – anhand von Qualifikationsstrukturen beantworten. Diese Strukturen weichen zum Teil deutlich von jener aller Beschäftigten in den alten Bundesländern ab (Übersicht 4).

Auffallend ist zunächst, daß rd. zwei Drittel der in Westdeutschland tätigen Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern in einem *Arbeiterverhältnis* stehen, also erheblich mehr als Westdeutsche. Unter den Männern ist dies noch wesentlich ausgeprägter, während die Strukturunter-

Übersicht 4: Ostdeutsche, die in Westdeutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (Pendler und Zugewanderte) nach Stellung im Beruf Ende 1991 im Vergleich zur entsprechenden Struktur aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Westdeutschland

Beschäftigte nach Stellung im Beruf	Ostdeutsche in Westdeutschland			alle Beschäftigten in Westdeutschland		
	Maenner	Frauen	SUMME	Maenner	Frauen	SUMME
	001	002	003	004	005	006
Arbeiter (insges.)	81,6	36,1	65,3	65,4	31,8	51,5
Angestellte (insges.)	18,4	63,9	34,7	34,6	68,2	48,5
Beschäftigte in beruflicher Ausbildung (insges.)	5,4	11,2	7,5	5,9	7,6	6,6
Teilzeit (insges.)	0,9	13,2	5,3	1,4	24,5	11,0
Beschäftigte insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Beschäftigte in berufl. Ausbildung (gewerbl.)	5,0	10,9	6,2	6,6	5,3	6,3
niedrig qualifiziert beschäftigte Arbeiter	43,7	63,5	47,6	38,9	71,7	47,3
Facharbeiter/Mstr./s. qualifizierte Arbeiter	51,2	25,6	46,2	54,4	23,0	46,4
Arbeiter (insges.)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Beschäftigte in berufl. Ausbildung (kfm./techn.)	7,2	11,4	10,0	4,4	8,6	6,9
Angestellte ohne Berufsausbildung	12,5	13,8	13,4	8,0	12,9	10,9
Angestellte mit Berufsausbildung	80,3	74,7	76,6	87,7	78,4	82,3
Angestellte (insges.)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA;

Hinweis: Sp. 4-6 auf Basis der Beschäftigtenstatistik geschätzte Werte

schiede zwischen ost- bzw. westdeutschen Frauen nicht so stark ausfallen. Diese zumindest unter den Männern relativ einseitige Verteilung stimmt zunächst insofern nachdenklich, als die Zahl der in der bisherigen Bundesrepublik beschäftigten Arbeiter, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, im Trend seit Jahren abnimmt und im Handwerk stagniert. Eine weniger günstige Konjunktorentwicklung könnte demnach vor allem auf diese Arbeiter Rückwirkungen zeigen. Allerdings ist auch bekannt, daß nicht nur in der Zeit der jüngsten Hochkonjunktur aufgrund der Verschiebung des Bildungsniveaus in der alten Bundesrepublik vorwiegend im Handwerk, partiell aber auch im Verarbeitenden Gewerbe ein Bedarf an Arbeitern bzw. Facharbeitern bestand. In der nachfolgenden Branchenanalyse wird sich zeigen, welche Wirtschaftszweige besonders aufnahmefähig waren.

Betrachtet man die Verteilung der Arbeitnehmer nach Stellung im Beruf innerhalb der Arbeiter- bzw. innerhalb der Angestelltenschaft, dann weichen die Profile zwischen Arbeitnehmern aus Ost- und Westdeutschland nicht sehr stark voneinander ab. Im Zusammenhang mit der Diskussion, daß vor allem Fachkräfte das Gebiet der ehemaligen DDR verlassen haben, wäre allerdings zu erwarten gewesen, daß erheblich mehr dieser Arbeitnehmer auf qualitativ höherwertigen Stellen beschäftigt würden. Umgekehrt kann daraus nicht geschlossen werden, daß z.B. in der DDR ausgebildete Facharbeiter in größerem Umfang auf Nichtfacharbeiterstellen beschäftigt werden.

Unter den aus Ostdeutschland stammenden Frauen stehen relativ viele in einem Ausbildungsverhältnis. Auffällig ist außerdem, daß verhältnismäßig wenig ostdeutsche Frauen in Westdeutschland eine Teilzeittätigkeit ausüben. In erster Linie dürfte das aber mit der Einkommens- und Vermögenssituation zusammenhängen.

7 Die Verteilung ostdeutscher Arbeitskräfte auf Wirtschaftszweige und Betriebe

Schon im Mai 1989 stiegen die Zahlen der Übersiedler aus der ehemaligen DDR stark an auf monatlich über 10 Tsd. Personen; im August und in den folgenden Monaten verdoppelte und vervielfachte sich diese Zahl. Die vorne erwähnte Größe von etwa 700 Tsd. Erwerbspersonen, die bis Ende 1991 aus der ehemaligen DDR ins alte Bundesgebiet zugewandert sind, konnten also etwa ab Mitte 1989 eine Berufstätigkeit aufgenommen haben.

Von Ende Juni 1989 bis Ende Dezember 1991 stieg die Zahl der Erwerbstätigen, Inlandskonzept, unbereinigt, von 27,631 Mio. auf 29,355 Mio., also um gut 1,7 Mio., an. Für diesen Zeitraum wurden eingangs etwa 700 Tsd. Übersiedler bzw. Zugewanderte und gut 500 Tsd. Pendler, zusammen also ca. 1,2 Mio. Erwerbspersonen (in diesem Fall so gut wie identisch mit Erwerbstätigen), ermittelt. Der beachtliche Zuwachs an Beschäftigung resultiert also zu 70% aus der Beschäftigung ostdeutscher Arbeitskräfte in Westdeutschland bzw. war er überhaupt nur durch dieses

massive zusätzliche Arbeitsangebot möglich; dies zumindest auf den ersten Blick. Bezieht man weitere Konten, nämlich die registrierte Arbeitslosigkeit und die Stille Reserve in die Betrachtung mit ein, kommt man natürlich zu dem Ergebnis, daß auch sie rein rechnerisch einen Beschäftigtenanstieg von 1,7 Mio. ermöglicht hätten. Offenbar war es aber vorteilhafter, tendenziell jüngere, überwiegend qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte aus der DDR oder ehemaligen DDR einzustellen.

Die günstige Konstellation von 1,7 Mio. Zuwachs an Beschäftigung bei einem Zustrom von etwa 1,2 Mio. Erwerbstätigen aus Ostdeutschland erläßt uns zunächst weitere Überlegungen, die wir aber anstellen müßten, wenn dieser Zustrom beispielsweise bei unveränderter Gesamtbeschäftigung stattgefunden hätte; m.a.W., wenn im alten Bundesgebiet 1,2 Mio. ostdeutsche Erwerbstätige eingestellt worden wären, ohne daß die Beschäftigung dabei angestiegen wäre. Denn letztlich vergleichen wir hier einen Saldo, nämlich den Beschäftigungsanstieg als Differenz zwischen Einstellungen und Entlassungen, mit einer Stromgröße, nämlich der Zahl der zugewanderten und (überwiegend) eingestellten Erwerbstätigen aus Ostdeutschland. In der Kombination solcher Größen findet man z.T. verblüffende Resultate, wie die folgenden Ausführungen bei ausgewählten Wirtschaftszweigen zeigen. Mangels anderer Datenquellen muß dazu das Datenmaterial der Beschäftigtenstatistik verwendet werden. Das scheint vertretbar, weil Erwerbstätige aus Ostdeutschland fast ausschließlich in der Kategorie „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“, also ohne Selbständige und Mithelfende und ohne Beamte, zu finden sind.

7.1 Aufnehmende Wirtschaftszweige

Die inzwischen weitgehend bekannten wirtschaftsfachlichen Strukturen der Berufstätigen in der ehemaligen DDR lassen erwarten, daß die seit 1989 in der Bundesrepublik arbeitenden Ostdeutschen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe ihren Arbeitsplatz gefunden haben. Es überrascht deshalb zunächst, daß das so nicht der Fall ist (Tabelle 3, Spalte 6). Zwar ist der Anteil der im (westdeutschen) Baugewerbe tätigen Ostdeutschen deutlich höher als bei den Westdeutschen, aber im Verarbeitenden Gewerbe liegt ihr Anteil erheblich unter dem der Westdeutschen. Der etwas höhere Anteil unter den Ostdeutschen im Dienstleistungssektor resultiert allerdings u.a. auch daraus, daß viele von ihnen mit Firmen der Arbeitnehmerüberlassung/Leiharbeitskräfte einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben. Diese Branche zählt zu den Dienstleistungsbetrieben. Viele der von ihnen Beschäftigten arbeiten tatsächlich aber im Verarbeitenden Gewerbe. Ansonsten sind ostdeutsche Arbeitskräfte vor allem in die Dienstleistungsbereiche Handel, Verkehr, Hotel- und Gaststättengewerbe und Friseur- und Körperpflegegewerbe gegangen, unterproportional findet man sie bei Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, bei der Rechts- und Wirtschaftsberatung usw. und bei den gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen (überwiegend öffentlicher Dienst).

Dies gilt für Männer und Frauen. Offensichtlich war der Bedarf an Arbeitskräften in den Jahren der Hochkonjunktur in den Dienstleistungsbereichen, die allgemein stärker wachsen, aber auch weniger rationalisieren können als Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, erheblich größer. Der starke Beschäftigungsanstieg im Verkehr und den sog. wirtschaftsbezogenen Dienstleistungsbranchen läßt aber auch die Größenordnung der intersektoralen Arbeitstei-

lung erkennen. Ihr Wachstum wird zum großen Teil auf Aufträge des Verarbeitenden Gewerbes zurückgeführt; Arbeiten also, die früher die Industrie firmenintern erledigt hatte, heute aber aus Kostengründen vergibt.

Auffällig stark sind ostdeutsche Frauen in den haushalts- bzw. freizeitbezogenen Dienstleistungen, also im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Friseurgewerbe vertreten. Darauf wird noch näher eingegangen. Der Anteil unter den Frauen aus den neuen Bundesländern im Gesundheitswesen ist allerdings geringer als unter den westdeutschen Frauen, obwohl die Abwanderung dieser Berufsvertreterinnen aus den neuen Bundesländern große Besorgnis ausgelöst hatte und man insofern einen noch höheren Anteil erwartet hätte.

Von großem Interesse ist nun die Frage, inwieweit der Zustrom aus dem Osten die Ausweitung der Beschäftigung ermöglicht hat oder inwieweit freiwilliger Austausch oder unfreiwillige Verdrängung zwischen ost- und westdeutschen Erwerbstätigen in den einzelnen Branchen stattgefunden hat.

Im Grunde ist dies nur durch Analyse von Daten individueller Einstellungs- und Entlassungsvorgänge zu ermitteln, über die weder wir noch jemand sonst flächendeckend verfügt.

Immerhin reicht die Spanne der Möglichkeiten von der Besetzung einer langlaufenden offenen Stelle mit einem Ostdeutschen (möglich gewordene Beschäftigungsausweitung) über die Bevorzugung ostdeutscher Arbeitskräfte bei mehreren Bewerbern (indirekte Verdrängung) bis zum direkten Austausch durch Kündigung und nachfolgende Neubesetzung (direkte Verdrängung).

Aber wie gesagt, diese verschiedenen Kategorien lassen sich hier nicht quantifizieren und gegeneinander abgrenzen.

In der Entwicklung der Beschäftigung nach Branchen im alten Bundesgebiet von Mitte 1989 bis Ende 1991 und in der Verteilung ostdeutscher Beschäftigter auf diese Branchen zeigen sich aber einige Auffälligkeiten, die immerhin als Tendenzen interpretiert werden können (Tabelle 3, Spalten 4 und 7):

- Die Beschäftigung (gemessen an der Zahl Sozialversicherungspflichtig Beschäftigter) nahm in der genannten Zeit im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Energie und Bergbau um über 10 000 ab. Gleichzeitig sind etwa 18 000 Personen aus Ostdeutschland eingestellt worden.

- Auch im Gewerbe der Friseure und Körperpfleger ist ein Rückgang von 8 000 bei über 7 000 Neueinstellungen aus dem Osten zu verzeichnen.

- In der Grundstoffindustrie, der Elektrotechnik, dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und dem Baugewerbe, bei den haushalts- und freizeitbezogenen Dienstleistungen, dem Hotel- und Gaststättengewerbe und ganz besonders ausgeprägt bei der Arbeitnehmerüberlassung liegen die Einstellungen bzw. die Beschäftigung ostdeutscher Arbeitskräfte über dem Saldo des Beschäftigungszuwachses.

In allen diesen Fällen haben mit Sicherheit auch Austauschprozesse stattgefunden, die aber durchaus von der Art sein können, daß einem in Rente gehenden westdeutschen Elektriker ein ostdeutscher nachgefolgt ist. Oder aber, daß bestimmte Arbeitsplätze für westdeutsche Arbeitskräfte nicht mehr hinreichend attraktiv erscheinen.

Solche Prozesse haben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den übrigen Branchen stattgefunden, in denen die Beschäftigungsveränderung größer war als die Zahl der beschäftigten Ostdeutschen. Dies ist hier aber nicht so augenfällig und im Grunde auch nicht zwingend. Als Beispiel seien die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe genannt. Ihre Beschäftigung hat sich um 50 000 ausgeweitet; dabei wurden 18.000 Arbeitnehmer aus Ostdeutschland eingestellt. Ein Austausch oder eine Verdrängung im obengenannten Sinne hätte nur dann nicht stattgefunden, wenn 18 000 neugeschaffene Arbeitsplätze oder langlaufende offene Stellen anderweitig nicht hätten besetzt werden können, was nicht sehr wahrscheinlich ist.

Diese Beobachtung korrespondiert mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die zwar im gesamten Jahr 1990 beachtlich zurückgeht, bei weiterem Beschäftigungsanstieg in 1991 aber weitgehend stagniert und seit 1992 wieder deutlich ansteigt.

7.2 Aufnehmende Betriebe nach Betriebsgröße

Die westdeutsche Wirtschaft ist, wenn man von der Zahl der Beschäftigten ausgeht, überwiegend klein- bzw. mittelständisch organisiert. In den konjunkturellen Phasen verändert sich die Zahl der Beschäftigten in diesen Segmenten etwas stärker als in größeren Betrieben. Daraus läßt sich ableiten, daß kleinere Betriebe flexibler auf wirtschaftliche Entwicklungen reagieren können und soweit konjunkturelle Schwächephasen auftreten, aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung vermutlich auch müssen. Das heißt aber auch, daß in diesen Betrieben die Zahl der Arbeitsplätze weniger konstant, also mit einem größeren Unsicherheitsfaktor behaftet ist als in größeren Betrieben. Dennoch sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß die Zahl der Arbeitnehmer, die in kleineren Betrieben arbeiten, leicht zunimmt.

Insgesamt gesehen ist also ein leichter Trend zu kleineren Betriebsgrößenklassen in Westdeutschland zu erkennen. Diese Veränderung der Betriebsgrößenstruktur hängt insgesamt eng mit dem schon erwähnten branchenbezogenen Strukturwandel zusammen (Tertiärisierung). Denn die Größe der Betriebe im Dienstleistungssektor ist, von Behörden abgesehen, ebenso wie im Baugewerbe in der Regel kleiner als vergleichsweise von Betrieben der Energiewirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes.

Unter diesen Aspekten, aber auch um feststellen zu können, wo der größte Arbeitskräftebedarf in den vergangenen Jahren bestand, ist es interessant zu untersuchen, welche der nach Größenklassen geordneten Betriebe in größerem Umfang Arbeitskräfte aus Ostdeutschland aufgenommen haben, seit die innerdeutsche Grenze weggefallen ist.

Die beschriebenen wirtschaftsfachlichen Beschäftigungsstrukturen ostdeutscher Arbeitnehmer in Westdeutschland deuten schon darauf hin, daß es sich weniger um Groß- als eher um Klein- und Mittelbetriebe handeln muß, die überproportional viele ostdeutsche Arbeitskräfte eingestellt haben. In Tabelle 3 (Spalten 11-13) wird das bestätigt. Nur 17% aller ostdeutschen Beschäftigten sind in größeren Betrieben, aber fast 46% in Kleinbetrieben eingestellt worden. Betrachtet man dagegen die Verteilung aller Beschäftigten auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen, so sind davon immerhin fast 29% in größeren Betrieben und nur 37% in Kleinbetrieben beschäftigt.

Dadurch, daß ostdeutsche Arbeitskräfte im Vergleich zu allen Beschäftigten anders auf die Betriebsgrößenklassen verteilt sind, differiert auch ihr Anteil an allen Beschäftigten innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen erheblich. Während der durchschnittliche Anteil ostdeutscher Arbeitnehmer an allen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Westdeutschlands Ende 1991 bei etwa 5% lag, stammen in größeren Betrieben nur rd. 3%, in Klein- bzw. Mittelbetrieben dagegen über 6% aus den neuen Bundesländern.

Betrachtet man die Verteilung der ostdeutschen Arbeitnehmer nach Betriebsgrößenklassen im Vergleich zu allen Beschäftigten, jetzt aber innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen, so fallen weitere Abweichungen auf.

Aus Tabelle 3 (Spalten 8 bis 10) geht hervor, daß das Verarbeitende Gewerbe durch Großbetriebe geprägt wird. Nur rd. 22% aller in dieser Wirtschaftsabteilung Beschäftigten arbeiten in Klein-, 43% aber in Großbetrieben. Bei den in diesem Gewerbe beschäftigten Ostdeutschen verhält es sich umgekehrt. Unter ihnen sind nur knapp 26% in Großbetrieben tätig. Im Durchschnitt haben Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern also auch in diesen Branchen hauptsächlich in Klein- und Mittelbetrieben ihren Arbeitsplatz. Das ist z.B. der Fall in den zu dieser Wirtschaftsabteilung gehörenden Wirtschaftszweigen „Grundstoff- und Güterproduktion“ und in der „Investitionsgüterproduktion“. Dagegen unterscheiden sich die Branchenstrukturen der beiden Personengruppen im „Verbrauchsgütergewerbe“ und im „Nahrungs- und Genußmittelgewerbe“ kaum voneinander. Diese beiden Branchen sind jedoch im Unterschied zu den übrigen des Verarbeitenden Gewerbes eher kleinbetrieblich bzw. mittelständisch strukturiert.

Im Baugewerbe, vor allem im Ausbaugewerbe, dominieren im allgemeinen Kleinbetriebe. Hier stimmt die brancheninterne Verteilung der Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern mit der Gesamtverteilung weitgehend überein.

Auch der Dienstleistungssektor besteht im wesentlichen aus Klein- und Mittelbetrieben. Immerhin arbeiten aber auch 21% aller Beschäftigten dieses Bereichs in größeren Betrieben. Ostdeutsche sind in diesem Sektor durchschnittlich jedoch noch stärker auf kleinere und mittlere Betriebe verteilt als die Beschäftigten insgesamt. In den einzelnen dazu gehörenden Wirtschaftszweigen machen sich aber auch Unterschiede bemerkbar. So sind z.B. im Handel relativ viele „Ostdeutsche“ in Großbetrieben beschäftigt. Eine detaillierte Untersuchung könnte in diesem Zusammenhang darüber Aufschluß geben, ob z.B. der Versandhandel und Verbrauchermärkte dazu wesentlich beitragen. Dagegen sind in privaten Verkehrsbetrieben, den wirtschaftsbezogenen und den freizeitbezogenen Dienstleistungen verhältnismäßig wenig „Ostdeutsche“ in größeren Betrieben tätig. Geringe Unterschiede bei der Betriebsgrößenverteilung sind lediglich bei den sogenannten Human-Diensten (Heime, Erziehung, Bildung, Gesundheitswesen usw.) feststellbar. Die Untersuchung zeigt, daß in der beschriebenen konjunkturellen Aufwärtsphase bis 1991 vor allem die Klein- und Mittelbetriebe erheblichen Arbeitskräftebedarf hatten, den sie im wesentlichen nur durch den Zustrom ostdeutscher Arbeitnehmer decken konnten. Generell kann festgehalten werden, daß Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern im Vergleich zu allen anderen Beschäftigten in weit größerem Umfang in kleineren Betrieben arbeiten. Das gilt vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Soweit dieser Unterschied nicht so stark auftritt,

handelt es sich um Branchen, in denen generell kleinere Betriebsgrößen vorherrschen. Typisch dafür ist das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor. Anders ausgedrückt: die Dominanz der Kleinbetriebe als Arbeitgeber ostdeutscher Arbeitskräfte resultiert zu einem beachtlichen Teil aus einem Brancheneffekt. Der hohe Anteil Ostdeutscher (etwa die Hälfte) im westdeutschen Dienstleistungssektor prägt letztlich auch die Verteilung nach Betriebsgrößenklassen, aber eben nicht ausschließlich.

8 Schlußbetrachtung

Die Öffnung und spätere Beseitigung der innerdeutschen Grenze hat – neben anderen Aspekten – Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland nachhaltig beeinflußt. Sieht man einmal von der bereits beachtlich angestiegenen Zahl der Übersiedler vor der Wende ab, wäre wohl in der zeitlichen Abfolge die kurzfristig einsetzende Güternachfrage ostdeutscher Mitbürger in Westdeutschland bzw. nach westdeutschen Produkten an erster Stelle zu nennen. Diese zusätzliche Nachfrage hat das Wachstum des westdeutschen Bruttosozialprodukts in 1990 und 1991 deutlich verstärkt. Die Deutsche Bundesbank rechnet beispielsweise für das 2. Halbjahr 1990 mit einem zusätzlichen Wachstumsimpuls von 2%⁹. Der vielerorts beklagte und partiell sicher auch vorhanden gewesene Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften, dürfte sich dadurch weiter vergrößert haben.

Zur gleichen Zeit setzte aber auch eine Zuwanderung von ostdeutschen Arbeitskräften ein, entweder als klassische Wanderungsbewegung mit Verlagerung des Wohnsitzes zum neuen Arbeitsort hin, oder als Pendelei zwischen dem Wohnort in Ostdeutschland und dem Arbeitsort in Westdeutschland. Es lag nahe anzunehmen, daß die bis Ende 1991 zugewanderten bzw. einpendelnden Arbeitskräfte nicht ausschließlich auf den Arbeitsplätzen untergekommen sind, für die der erwähnte Arbeitskräftemangel bestand. Insoweit mußte auch mit direkter und indirekter Verdrängung westdeutscher Arbeitskräfte (nicht vorgenommene Einstellungen, Entlassungen) gerechnet werden.

Ohne Zweifel hat der Zustrom ostdeutscher Arbeitskräfte – bei steigenden Zahlen von Asylbewerbern, bei hohen Zahlen von Aussiedlern aus Osteuropa und bei einem positiven Ausländer-Saldo – zu der Ausweitung der Beschäftigung um rund 1,7 Mio von Mitte 1989 bis Ende 1991 am meisten beigetragen und damit die partielle Arbeitskräfte-Knappheit erheblich verringert¹⁰. Daß dies nicht ausschließlich oder überwiegend zu Lasten der Arbeitslosen erfolgte, ist daran abzulesen, daß auch die Arbeitslosigkeit im genannten Zeitraum um etwa 340 Tsd. abgebaut wurde. Genauer betrachtet erfolgte dies aber schon von Mitte 1989 bis Ende 1990; im Jahr 1991 stagnierte die Arbeitslosigkeit und steigt seit Mitte 1992 wieder an.

Da dieser Vorgang mit einem inzwischen deutlich verlangsamten, aber immer noch positiven Anstieg der Beschäftigung verbunden ist, sind Verdrängungseffekte und damit auch Belastungen des Arbeitsmarktes naheliegend.

Die hier vorgenommene Analyse der regionalen Verteilung ostdeutscher Arbeitskräfte in Westdeutschland bestätigt dies auch. Nach ihr lassen sich drei Regionstypen mit unterschiedlicher Betroffenheit bilden, und zwar

- solche, in denen die Probleme wegen der geringen Zuwanderer-Zahlen klein erscheinen und in der Analyse nicht weiter verfolgt wurden;

- solche, bei denen sich hohe Zuwanderer-Zahlen mit kräftiger Ausweitung der Beschäftigung und überdurchschnittlichem Rückgang der Arbeitslosigkeit verbanden;

- solche, die bei hohen Zuwanderer-Zahlen ebenfalls die Beschäftigung ausweiten konnten, bei denen aber die Arbeitslosigkeit nur unterdurchschnittlich zurückging oder häufig sogar anstieg. (Es sind dies überwiegend die Regionen im strukturschwachen ehemaligen Zonenrandgebiet).

Ähnliche Effekte ließen sich bei der Analyse der aufnehmenden Wirtschaftszweige feststellen.

- Verdrängungseffekte werden dort am geringsten sein oder hinter die Entlastungseffekte zurücktreten müssen, wo die Beschäftigungsausweitung eines Wirtschaftszweiges (weit) über die Zahl der aufgenommenen ostdeutschen Arbeitskräfte hinausgeht (als Beispiel mag der Handel dienen);

- Verdrängungseffekte, eventuell auch nur indirekte, liegen aber mit Sicherheit vor, wo die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte aus Ostdeutschland (weit) über die Beschäftigungsausweitung eines Wirtschaftszweiges hinausgeht (als Beispiele hierfür sei nochmals die Elektrotechnik genannt).

Die Untersuchung hat darüber hinaus gezeigt, daß der beklagte Arbeitskräfte- oder Fachkräftemangel vor allem bei Kleinbetrieben (Handwerk, Baugewerbe, Dienstleistungen) bestand. Immerhin sind von den rd. 1,2 Mio. im Westen beschäftigten Ostdeutschen rd. 46% in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten tätig. Damit wurden Erhebungen zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot bzw. Kräftebedarf bestätigt, die die GfK-Marktforschung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit und in Zusammenarbeit mit dem IAB im Zeitraum 1989/1990 durchgeführt hat. Nach diesen Erhebungen entfielen rund 86% des aktuellen Personalbedarfs auf Klein- und Mittelbetriebe.¹¹

Bisher hat der Zustrom von Arbeitnehmern aus den neuen Bundesländern im Betrachtungszeitraum viel Positives bewirkt. In dieser Zeit der Hochkonjunktur konnte durch ihn die in bestimmten Regionen hohe Arbeitskräftenachfrage befriedigt und das Produktionsniveau angehoben werden. In einzelnen Regionen, vor allem im ehemaligen Zonenrandgebiet, sind aber auch bereits sehr problematische Auswirkungen des Zustroms erkennbar.

Zwar lassen die letzten verfügbaren Zahlen bei den Pendlern eine gewisse Stagnation und bei den Abwandernden einen Rückgang der Wanderungszahlen erkennen (beides zusammengenommen würde auf ein sich gegenwärtig nicht weiter ausdehnendes ostdeutsches Arbeitskräfteangebot hindeuten). Diese Entwicklung kann mit der abflauenden Konjunktur im Westen zusammenhängen. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Osten oder aber auch die anhaltende berufliche Perspektivlosigkeit kann diese Situation schnell wieder verändern. Zusätzliche Pendler und Abwanderer treffen dann aber im Westen auf eine inzwischen stark veränderte Arbeitsmarktlage: auf Stagnation der Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit.

⁹ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 43. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 1991, S. 18.

¹⁰ Vgl. dazu auch György, Barabas et al.: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991. In: RWI-Mitteilungen, Jg. 43 (1992), S. 133-154.

¹¹ Vgl. Reyher, Lutz; Spitznagel, Eugen und Kretschmer, Gerhard: Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. In: MittAB 3/1990, S. 347 ff.

keit. Die regional und branchenspezifisch häufig gefundene und positiv zu beurteilende Konstellation Beschäftigungsausweitung bei rückläufiger Arbeitslosigkeit wird dann überwiegend einer für Konkurrenz und Verdrängung stehenden Konstellation weichen.

9 Statistische Quellen und Methode der Aufbereitung der verwendeten Daten

Für eine Untersuchung, die darüber informieren soll, wie unterschiedlich sich erwerbstätige Pendler bzw. Zuwanderer aus den neuen Bundesländern auf die einzelnen Regionen Westdeutschlands und den Westteil Berlins verteilen, wie regional unterschiedlich sich der Zustrom auswirkt, in welchen Branchen und auf welchen Arbeitsplätzen ostdeutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden, gibt es derzeit noch keine vollständigen Statistiken. Zur Beantwortung dieser Fragen können hilfsweise die Daten des Zentralen Einwohnermelderegisters, Berlin (ZER), und der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit herangezogen werden. Von allen Wanderern bzw. Pendlern sind in diesen Datenbanken jedoch nur ein Teil registriert.

Wie in Abschnitt 3.1 erwähnt, schätzt man die Zahl der von Ost- nach Westdeutschland einschließlich den Westteil Berlins zugewanderten Arbeitnehmer auf rd. 700 Tsd. und die Zahl der Pendler auf 500 Tsd. In der ZER-Datenbank werden nach dem Stand von April 1992 rd. 436 Tsd. Wanderer nachgewiesen, die im erwerbsfähigen Alter stehen und damit mangels eines anderen Unterscheidungsmerkmals in dieser Analyse auch als tatsächlich erwerbstätig angesehen werden. In der Beschäftigtenstatistik, die auf den Meldungen der Arbeitgeber beruht, konnten Ende Dezember 1991 nur 92 Tsd. als Wanderer, aber zusätzlich knapp 320 Tsd. Pendler identifiziert werden. Im Gegensatz zur Beschäftigtenstatistik enthält die ZER-Datenbank kein erwerbsstatistisches Merkmal, so daß für die vorliegende

Untersuchung nur das Regionalmerkmal verwendet werden konnte.

Bei Auswertungen des vorhandenen Datenmaterials zeigte sich, daß die regionale Verteilung der Wanderer, wie sie sich aus dem Melderegister des ZER ergab, mit der entsprechenden Struktur dieses Personenkreises aus der Beschäftigtenstatistik mit 0,76, also relativ hoch korreliert. Das läßt den Schluß zu, daß die in der Beschäftigtenstatistik vorhandenen Daten über Wanderer als – für diese erste Untersuchung auf diesem Gebiet – ausreichend repräsentativ angesehen werden können. Aus der Beschäftigtenstatistik konnte darüber hinaus ermittelt werden, daß sich die Strukturen (regionale, wirtschaftsfachliche Verteilung usw.) zwischen Wanderern und Pendlern zum Teil erheblich unterscheiden. Folglich dürfen die zur Verfügung stehenden Daten nicht ungewichtet miteinander vermischt bzw. verwendet werden, wenn Verzerrungen der Strukturen vermieden werden sollen.

Um eine möglichst optimierte Datenbasis für die vorliegende Untersuchung zu erhalten, wurde wie folgt vorgegangen: Zur Ermittlung der regionalen Verteilung wurden zu den Fällen aus der ZER-Datenbank die Daten der Wanderer aus der Beschäftigtenstatistik hinzugenommen und mit Faktor 1,3 gewichtet, so daß die Gesamtzahl der Wanderer dem im Absatz 1 genannten Niveau von 700 Tsd. entsprach. Die in der Beschäftigtenstatistik enthaltenen Pendler wurden entsprechend mit Faktor 1,6 hochgerechnet, um auf 500 Tsd. zu kommen. Die Vorgehensweise mußte variiert werden, damit neben den regionalen auch die wirtschaftsfachlichen Strukturen ebenso wie jene nach der Stellung im Beruf ermittelt werden konnten. Da hierzu nicht die Daten des ZER herangezogen werden konnten, mußten die als weitgehend repräsentativ angesehenen Daten der Wanderer aus der Beschäftigtenstatistik mit Faktor 7,7 hochgerechnet werden. Danach wurden sie den gewichteten Pendlerzahlen hinzugefügt. Aus den erwähnten Hochrechnungsfaktoren geht implizit auch die Sicherheit der Ergebnisse hervor.

Tabelle 1: Regionale Arbeitsmarkindikatoren und Verteilung bzw. Anteil der Ostwestpendler und -wanderer an den sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten in Westdeutschland (Stand: Ende 1991)

Landesarbeitsamt, Arbeitsamt (Arbeitsort)	Zeilen-nr.	amtliche Ergebnisse						geschätzt			
		Beschaeftigte am 31.12.91	Struktur der Beschaeftigten	Allo-Quote 1989 (JD)	Offene Stellen Quote 1989 (JD)	Beschaeftigungs-veraenderung 30.6.89 / 31.12.91	Veraenderung der Allo 89 / 30.6.91	Wanderer u. Pendler Struktur)	Rang-reihe zu Sp.8	Anteil der Pendler u. Wanderer an allen Besch.	Rang-reihe zu Sp. 10
	001	002	003	004	005	006	007	008	009	010	011
1 LAA Nord (bish. Gebiet LAA SHH)	1	1610570	6,9	10,4	0,7	8,4	-21,0	7,3		5	
111 Bad Oldesloe	2	99389	0,4	6,4	0,8	15,4	-14,2	1,2	130	15	137
115 Elmshorn	3	142887	0,6	7,4	0,7	9,4	-22,1	0,7	108	6	111
119 Flensburg	4	124161	0,5	11,5	0,3	6,7	-21,4	0,4	55	4	52
123 Hamburg	5	789983	3,4	11,7	0,9	8,1	-23,5	2,6	140	4	65
127 Heide	6	40055	0,2	11,5	0,7	4,8	-24,3	0,2	6	4	88
131 Kiel	7	155859	0,7	10,8	0,5	5,9	-18,4	0,6	93	4	84
135 Luebeck	8	137341	0,6	11,5	1,0	8,0	-15,0	1,1	129	10	131
139 Neumuenster	9	120895	0,5	9,4	0,4	11,2	-18,6	0,6	99	6	114
2 LAA Niedersachsen-Bremen	10	2730871	11,7	10,4	0,8	9,6	-14,9	14,7		6	
211 Braunschweig	11	194545	0,8	11,0	0,9	9,0	-12,0	1,3	132	8	128
214 Bremen	12	282232	1,2	13,2	0,8	8,8	-24,2	0,7	110	3	35
217 Bremerhaven	13	66891	0,3	13,6	0,5	9,0	-13,8	0,2	16	4	59
221 Celle	14	110020	0,5	8,7	0,6	10,1	-20,1	0,7	113	8	126
224 Emden	15	81086	0,3	14,0	0,9	6,0	-22,3	0,2	13	3	37
227 Goslar	16	62223	0,3	10,4	1,4	12,4	- 2,5	0,9	123	17	139
231 Goettingen	17	158947	0,7	10,8	1,0	10,1	4,6	1,6	134	12	134
234 Hameln	18	126331	0,5	9,7	0,5	8,8	-14,8	0,8	118	7	125
237 Hannover	19	381769	1,6	11,9	1,4	8,7	-18,4	1,7	136	5	109
241 Helmstedt	20	141011	0,6	8,5	0,6	8,3	1,5	1,3	131	11	133
244 Hildesheim	21	123424	0,5	9,3	0,6	9,4	-13,1	0,7	106	6	124
247 Leer	22	57540	0,2	13,2	1,1	11,8	-24,7	0,2	7	3	40
251 Lueneburg	23	82197	0,4	8,0	0,5	13,7	-10,2	0,7	115	10	132
254 Nienburg	24	69063	0,3	7,6	0,8	7,4	- 7,2	0,3	48	6	116
257 Nordhorn	25	88823	0,4	9,2	0,5	10,4	-20,2	0,2	17	3	33
261 Oldenburg	26	162420	0,7	11,0	1,0	10,2	-18,1	0,6	92	4	71
264 Osnabrueck	27	171739	0,7	9,1	0,7	11,7	-16,7	0,7	104	5	90
267 Stade	28	97823	0,4	8,3	0,6	9,4	-18,3	0,5	77	6	115
271 Uelzen	29	59304	0,3	10,7	0,8	11,7	- 6,9	0,7	111	14	136
274 Vechta	30	71560	0,3	8,4	0,6	15,6	-26,0	0,3	31	5	96
277 Verden	31	86229	0,4	7,7	0,7	12,4	-17,0	0,5	73	6	121
281 Wilhelmshaven	32	55694	0,2	13,5	0,6	- 0,3	-10,6	0,1	2	3	32
3 LAA Nordrhein-Westfalen	33	6122841	26,2	10,0	0,8	7,7	-20,7	12,9		3	
311 Aachen	34	234362	1,0	10,1	0,6	7,9	-12,7	0,3	37	2	6
313 Ahlen	35	79150	0,3	7,5	0,6	12,1	-13,1	0,2	19	4	53
315 Bergisch Gladbach	36	231452	1,0	7,9	0,7	5,6	-13,1	0,5	79	3	24
317 Bielefeld	37	267679	1,1	8,3	0,9	10,9	-29,8	0,8	119	4	51
321 Bochum	38	193192	0,8	13,3	1,0	4,8	-15,7	0,3	41	2	13
323 Bonn	39	251968	1,1	7,7	0,7	8,6	-24,2	0,5	87	2	23
325 Bruehl	40	153512	0,7	7,5	0,6	7,5	-25,0	0,3	38	3	25
327 Coesfeld	41	152577	0,7	8,4	0,7	12,9	-34,1	0,4	51	3	30
331 Detmold	42	110171	0,5	8,5	0,8	11,0	-19,2	0,4	63	4	87
333 Dortmund	43	258534	1,1	13,8	0,6	5,6	-20,7	0,5	74	2	16
335 Dueren	44	77613	0,3	8,2	0,6	4,5	- 8,2	0,1	4	2	17
337 Duesseldorf	45	480980	2,1	10,2	1,0	7,8	-23,2	1,1	127	3	27
341 Duisburg	46	187143	0,8	13,6	0,6	0,6	-14,7	0,2	20	1	2
343 Essen	47	230711	1,0	13,8	0,4	5,9	-20,7	0,3	42	2	9
345 Gelsenkirchen	48	146709	0,6	14,4	0,5	5,8	-20,7	0,2	14	2	8
347 Hagen	49	197157	0,8	10,1	1,0	5,9	-17,4	0,4	61	2	22
351 Hamm	50	127333	0,5	11,4	0,8	10,0	-22,2	0,2	18	2	14
353 Herford	51	202560	0,9	7,3	0,8	11,5	-17,4	0,8	121	5	95

noch Tabelle 1:

Landesarbeitsamt, Arbeitsamt (Arbeitsort)	Zeilenr.	amtliche Ergebnisse						geschätzt			
		Beschaeftigte am 31.12.91	Struktur der Beschaeftigten	Alo-Quote 1989 (JD)	Offene Stellen Quote 1989 (JD)	Beschaeftigungs- veraenderung 30.6.89 / 31.12.91	Veraenderung der Alo 30.6.89 / 30.6.91	Wanderer u. Pendler Struktur)	Rang-reihe zu Sp.8	Anteil der Pendler u. Wanderer an allen Besch.	Rang-reihe zu Sp. 10
		001	002	003	004	005	006	007	008	009	010
355 Iserlohn	52	170747	0,7	8,2	1,2	7,9	-22,7	0,4	59	3	28
357 Koeln	53	453158	1,9	12,8	1,0	6,8	-22,5	0,8	120	2	15
361 Krefeld	54	181951	0,8	9,6	0,8	6,7	-22,1	0,3	35	2	11
363 Meschede	55	94013	0,4	6,7	1,0	11,8	-21,2	0,4	56	5	97
365 Moenchengladbach	56	223490	1,0	8,8	0,6	7,9	-23,8	0,4	57	2	12
367 Muenster	57	117705	0,5	10,3	0,6	7,7	-28,0	0,2	9	2	7
371 Oberhausen	58	131982	0,6	11,2	0,6	5,2	-17,8	0,2	10	2	3
373 Paderborn	59	128475	0,5	8,8	0,7	11,2	-21,9	0,4	69	4	67
375 Recklinghausen	60	156802	0,7	11,5	0,4	7,7	-19,6	0,2	15	2	4
377 Rheine	61	115625	0,5	8,3	0,6	12,0	-31,9	0,3	30	3	34
381 Siegen	62	156271	0,7	6,7	1,1	8,2	-17,8	0,5	83	4	66
383 Soest	63	91777	0,4	8,4	1,0	12,4	-22,2	0,3	28	3	46
385 Solingen	64	114151	0,5	8,0	0,9	5,9	-33,8	0,2	21	2	19
387 Wesel	65	192732	0,8	9,4	0,7	9,6	-13,1	0,4	60	2	20
391 Wuppertal	66	211159	0,9	8,6	0,9	6,9	-20,7	0,4	64	2	18
4 LAA Hessen	67	2230828	9,5	6,1	0,9	8,3	-10,3	7,9		4	
411 Bad Hersfeld	68	63889	0,3	7,8	0,7	13,1	12,1	0,9	124	17	140
415 Darmstadt	69	331707	1,4	4,8	0,7	7,8	-20,7	0,8	122	3	38
419 Frankfurt	70	704811	3,0	5,5	1,2	7,3	-17,1	1,6	135	3	29
423 Fulda	71	70297	0,3	5,7	0,7	15,9	8,7	0,7	114	12	135
427 Giessen	72	175697	0,8	6,5	0,7	9,2	- 2,3	0,7	109	5	92
431 Hanau	73	119809	0,5	5,2	1,0	6,8	- 3,6	0,5	78	5	94
435 Kassel	74	211631	0,9	9,2	0,5	10,4	- 1,6	1,0	126	6	113
439 Korbach	75	55132	0,2	7,5	0,9	13,5	- 9,1	0,3	24	5	108
443 Limburg	76	43981	0,2	5,5	1,5	9,1	-14,1	0,2	8	4	73
447 Marburg	77	69236	0,3	7,1	0,6	7,9	-19,6	0,2	12	3	45
451 Offenbach	78	112838	0,5	5,5	0,7	5,9	-22,8	0,3	49	4	57
455 Mettlar	79	106567	0,5	6,2	0,8	7,3	2,7	0,4	58	4	81
459 Wiesbaden	80	165233	0,7	5,6	0,7	6,9	-17,0	0,3	43	2	21
5 LAA Rheinland-Pfalz-Saarland	81	1567584	6,7	7,8	0,8	6,9	-16,8	4,3		3	
511 Bad Kreuznach	82	93117	0,4	7,8	0,7	6,1	- 3,8	0,3	36	4	63
515 Kaiserslautern	83	105482	0,5	7,9	0,6	4,4	2,3	0,3	29	3	36
519 Koblenz	84	104798	0,4	6,8	0,8	7,1	-25,2	0,3	32	3	44
523 Ludwigshafen	85	187391	0,8	6,6	0,7	6,4	-24,3	0,5	91	3	49
527 Mainz	86	185900	0,8	5,7	0,9	7,3	-19,4	0,6	94	4	58
531 Mayen	87	62582	0,3	7,5	1,0	6,7	-19,9	0,2	22	5	91
535 Montabaur	88	81897	0,3	5,8	0,9	9,1	-17,3	0,4	70	6	123
539 Neunkirchen	89	92250	0,4	9,8	0,8	8,3	-23,1	0,1	1	2	5
543 Landau	90	101524	0,4	5,4	0,8	9,1	- 8,3	0,3	39	4	60
547 Neuwied	91	86203	0,4	6,5	0,8	11,2	-25,3	0,4	52	5	101
551 Pirmasens	92	58333	0,2	9,6	0,9	0,5	-18,1	0,1	3	3	26
555 Saarbruecken	93	177017	0,8	12,2	0,7	4,6	-18,5	0,2	11	1	1
559 Saarlouis	94	91181	0,4	10,6	0,7	9,0	-14,6	0,1	5	2	10
563 Trier	95	139909	0,6	8,2	0,7	7,8	-17,8	0,4	66	4	55
6 LAA Baden-Wuerttemberg	96	3951059	16,9	4,5	1,5	7,9	-13,9	13,9		4	
611 Aalen	97	160300	0,7	4,6	1,3	8,5	- 5,8	0,5	88	4	64
614 Balingen	98	116251	0,5	3,8	0,9	7,0	- 3,5	0,3	44	3	47
617 Freiburg	99	191983	0,8	5,8	1,2	8,4	-23,3	0,5	89	3	43
621 Goepfingen	100	285748	1,2	3,3	1,5	6,7	-11,0	0,9	125	4	62
624 Heidelberg	101	146626	0,6	5,7	2,1	9,1	-13,7	0,5	80	4	68
627 Heilbronn	102	154404	0,7	5,0	1,5	10,8	-20,6	0,7	105	5	102
631 Karlsruhe	103	271683	1,2	5,2	1,2	7,7	-18,6	0,7	117	3	42
634 Konstanz	104	109581	0,5	5,0	1,3	6,5	-10,9	0,4	65	4	89
637 Loerrach	105	121485	0,5	3,8	1,7	7,7	2,1	0,6	95	6	112
641 Ludwigsburg	106	167204	0,7	3,7	1,5	10,0	-20,7	0,6	103	4	86

noch Tabelle 1:

Landesarbeitsamt,Arbeitsamt (Arbeitsort)	Zeilenr.	amtliche Ergebnisse						geschaeztzt			
		Beschaeftigte am 31.12.91	Struktur der Beschaeftigten	Alo-Quote 1989 (JD)	Offene Stellen 1989 (JD)	Beschaeftigungs- veraenderung 30.6.89 / 31.12.91	Veraenderung der Alo 30.6.89 / 30.6.91	Wanderer u. Pendler Struktur)	Rangreihe zu Sp.8	Anteil der Pendler u. Wanderer an allen Besch.	Rangreihe zu Sp. 10
		001	002	003	004	005	006	007	008	009	010
644 Mannheim	107	245400	1,0	7,7	1,0	6,4	-12,9	0,6	96	3	31
647 Nagold	108	82247	0,4	3,5	1,7	8,6	- 4,1	0,5	90	8	127
651 Offenburg	109	146703	0,6	3,9	1,0	9,3	-13,9	0,4	67	3	50
654 Pforzheim	110	116735	0,5	4,4	1,7	7,6	-19,6	0,4	62	4	74
657 Rastatt	111	105412	0,5	4,7	1,7	9,3	-22,8	0,3	40	4	56
661 Ravensburg	112	190637	0,8	3,6	1,2	9,6	- 2,5	0,7	107	4	78
664 Reutlingen	113	160764	0,7	4,6	1,5	7,6	-10,2	0,5	84	4	61
667 Rottweil	114	98784	0,4	3,7	1,4	6,8	- 0,4	0,3	45	4	69
671 Waiblingen	115	135420	0,6	3,4	1,1	8,0	- 5,9	0,5	76	4	72
674 Schwaebisch Hall	116	97046	0,4	3,4	1,5	13,4	-16,7	0,5	82	6	120
677 Stuttgart	117	551132	2,4	4,2	2,1	5,6	-22,7	2,3	139	5	99
681 Tauberbischofsheim	118	88185	0,4	4,4	1,1	8,7	3,8	0,4	72	6	118
684 Ulm	119	123181	0,5	4,7	1,0	9,2	-17,6	0,4	71	4	79
687 Villingen-Schwenningen	120	84148	0,4	4,9	1,9	6,9	-19,3	0,2	23	3	48
7 LAA Nordbayern	121	1896331	8,1	6,3	1,1	9,4	-15,4	11,2		7	
711 Ansbach	122	92985	0,4	4,5	1,3	9,6	-16,5	0,4	68	5	106
715 Aschaffenburg	123	122719	0,5	4,5	1,3	7,9	- 8,7	0,5	85	5	103
719 Bamberg	124	94955	0,4	5,9	1,1	8,3	-27,1	0,5	81	6	122
723 Bayreuth	125	92824	0,4	7,0	0,9	9,4	-14,9	0,7	112	9	129
727 Coburg	126	122811	0,5	4,3	1,2	13,9	11,2	2,0	137	20	141
731 Hof	127	107603	0,5	7,2	0,9	10,5	1,8	1,4	133	15	138
735 Nuernberg	128	527010	2,3	6,7	1,1	8,6	-20,7	2,2	138	5	100
739 Regensburg	129	170027	0,7	7,2	0,9	11,3	-22,9	0,7	116	5	104
743 Schwandorf	130	122829	0,5	8,7	0,8	6,9	-10,7	0,6	97	6	110
747 Schweinfurt	131	149550	0,6	6,6	0,9	8,2	6,8	1,1	128	9	130
751 Weiden	132	73294	0,3	7,3	1,4	12,4	-28,5	0,3	46	5	107
755 Weissenburg	133	49787	0,2	5,1	1,6	9,9	-15,1	0,3	25	6	117
759 Muerzburg	134	169937	0,7	5,6	1,0	8,8	-30,8	0,6	102	4	80
8 LAA Suedbayern	135	2426691	10,4	5,3	1,3	6,5	-22,5	8,4		4	
811 Augsburg	136	213844	0,9	5,4	1,1	7,7	-16,8	0,6	100	3	41
815 Deggendorf	137	95261	0,4	8,4	1,0	7,2	-19,1	0,3	50	4	82
819 Donauwoerth	138	69184	0,3	4,0	1,2	10,5	-28,9	0,3	26	4	85
823 Freising	139	64745	0,3	3,4	1,4	7,7	-20,2	0,3	47	6	119
827 Ingolstadt	140	134579	0,6	6,4	0,7	10,6	-22,6	0,5	75	4	70
831 Kempten	141	152833	0,7	4,6	1,5	6,6	- 9,6	0,6	101	5	93
835 Landshut	142	104048	0,4	4,7	0,8	6,2	-15,6	0,4	53	4	75
839 Memmingen	143	148171	0,6	4,2	0,8	8,0	-21,8	0,5	86	4	77
843 Muenchen	144	943636	4,0	5,1	1,5	5,5	-32,8	3,2	141	4	76
847 Passau	145	98011	0,4	7,9	1,5	3,5	-12,0	0,3	33	4	54
851 Pfarrkirchen	146	96926	0,4	5,6	1,0	6,8	-14,7	0,3	27	3	39
855 Rosenheim	147	138652	0,6	5,0	1,4	6,8	-10,6	0,6	98	5	98
859 Traunstein	148	82017	0,4	5,5	1,5	5,1	- 4,1	0,3	34	4	83
863 Weilheim	149	84784	0,4	4,5	1,4	6,5	-18,7	0,4	54	5	105
9 LAA Berlin	150	873110	3,7	9,8	1,2	15,1	4,5	19,3	142	26	142
SUMME	151	23409885	100,0	7,9	1,0	8,3	-16,8	100,0		5	

Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA.

**Tabelle 2: Regionales Gewicht des Zustroms ostdeutscher Arbeitnehmer in Relation zur örtlichen Arbeitsmarktsituation Ende 1991;
– Typisierung des regionalen Arbeitsmarktes –**

Landesarbeitsamt, Arbeitsamt	Beschäftigungs- veränderung 30.6.89/ 31.12.91 Sp. 1	Veränderung der Alo 30.6.89/ 30.6.91 Sp. 2	Anteil der Pend- ler u. Wande- rer an Besch. Sp. 3
Typ 6:			
1 LAA Nord (bish. Gebiet LAA SHH)	8,4	- 21,0	5
111 Bad Oldesloe	15,4	- 14,2	15
115 Elmshorn	9,4	- 22,1	6
135 Lübeck	8,0	- 15,0	10
139 Neumünster	11,2	- 18,6	6
2 LAA Nieder- sachsen-Bremen	9,6	- 14,9	6
221 Celle	10,1	- 20,1	8
234 Hameln	8,8	- 14,8	7
237 Hannover	8,7	- 18,4	5
244 Hildesheim	9,4	- 13,1	6
264 Osnabrück	11,7	- 16,7	5
267 Stade	9,4	- 18,3	6
274 Vechta	15,6	- 26,0	5
277 Verden	12,4	- 17,0	6
353 Herford	11,5	- 17,4	5
363 Meschede	11,8	- 21,2	5
531 Mayen	6,7	- 19,9	5
535 Montabaur	9,1	- 17,3	6
547 Neuwied	11,2	- 25,3	5
627 Heilbronn	10,8	- 20,6	5
674 Schwäbisch Hall	13,4	- 16,7	6
7 LAA Nordbayern	9,4	- 15,4	7
711 Ansbach	9,6	- 16,5	5
719 Bamberg	8,3	- 27,1	6
723 Bayreuth	9,4	- 14,9	9
735 Nürnberg	8,6	- 20,7	5
739 Regensburg	11,3	- 22,9	5
751 Weiden	12,4	- 28,5	5
755 Weissenburg	9,9	- 15,1	6
823 Freising	7,7	- 20,2	6
863 Weilheim	6,5	- 18,7	5

Landesarbeitsamt, Arbeitsamt	Beschäftigungs- veränderung 30.6.89/ 31.12.91 Sp. 1	Veränderung der Alo 30.6.89/ 30.6.91 Sp. 2	Anteil der Pend- ler Wande- rer an Besch. Sp. 3
Typ 2:			
677 Stuttgart	5,6	- 22,7	5
Typ 8:			
211 Braunschweig	9,0	- 12,0	8
227 Goslar	12,4	- 2,5	17
231 Göttingen	10,1	4,6	12
241 Helmstedt	8,3	1,5	11
251 Lüneburg	13,7	- 10,2	10
254 Nienburg *	7,4	- 7,2	6
271 Uelzen	11,7	- 6,9	14
411 Bad Hersfeld*	13,1	12,1	17
423 Fulda *	15,9	8,7	12
427 Gießen *	9,2	- 2,3	5
431 Hanau *	6,8	- 3,6	5
435 Kassel	10,4	- 1,6	6
439 Korbach *	13,5	- 9,1	5
637 Lörrach *	7,7	2,1	6
647 Nagold *	8,6	- 4,1	8
681 Tauberbi- schofsheim *	8,7	3,8	6
715 Aschaffen- burg *	7,9	- 8,7	5
727 Coburg *	13,9	11,2	20
731 Hof *	10,5	1,8	15
743 Schwandorf *	6,9	- 10,7	6
747 Schweinfurt *	8,2	6,8	9
831 Kempten *	6,6	- 9,6	5
855 Rosenheim *	6,8	- 10,6	5
9 LAA Berlin	15,1	4,5	26

*) Arbeitsamtsbezirke mit einer Arbeitslosenquote, die unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

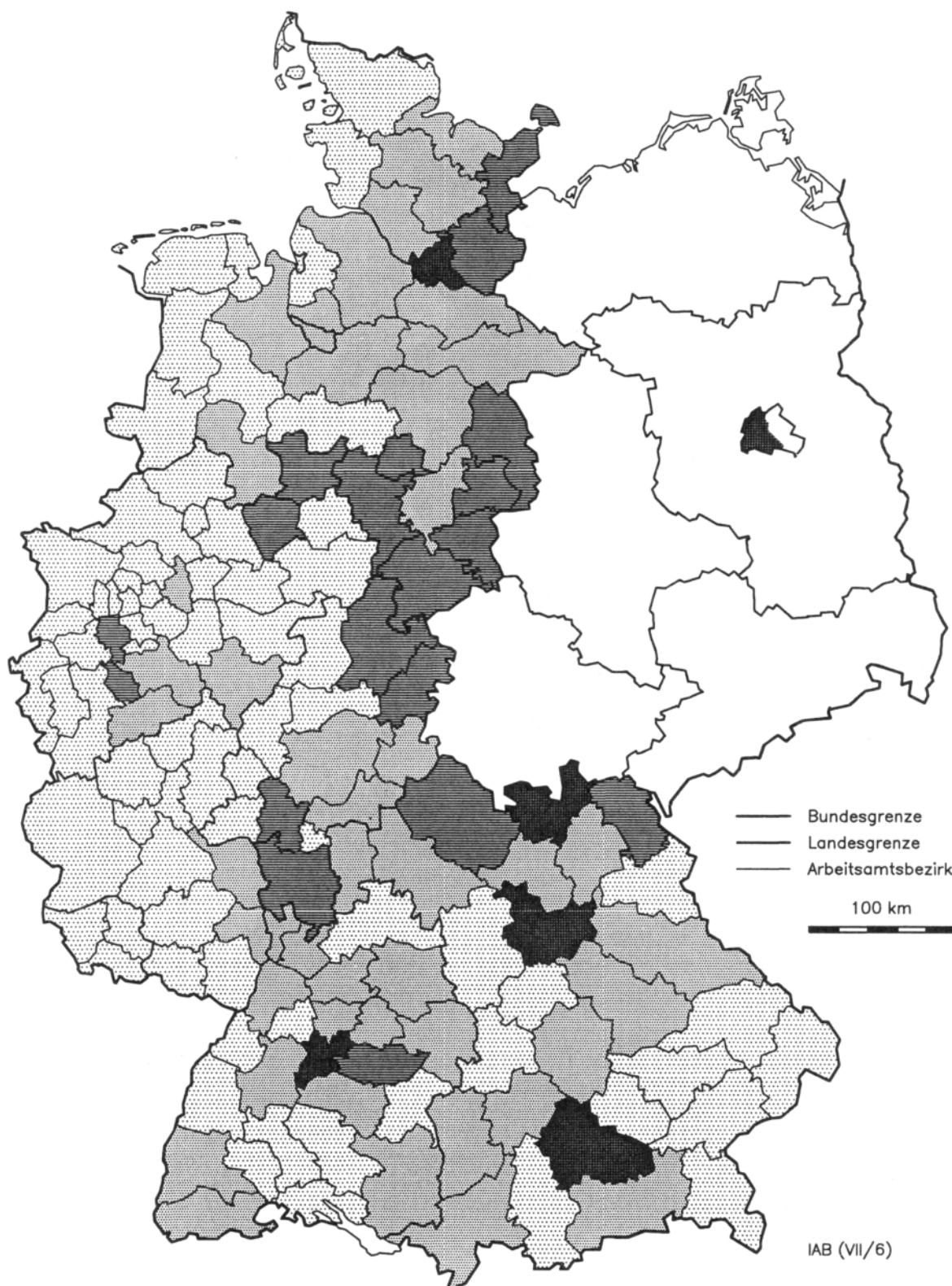
Tabelle 3: In Westdeutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ostdeutsche nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen Ende 1991 im Vergleich zu allen Beschäftigten in Westdeutschland

Wirtschaftszweige	Beschäftigungsstrukturen und -veränderungen							Betriebsgrößenverteilung					
	alle Beschäftigte in Tsd.				Ostdeutsche in Westdeutschland			alle Beschäftigte in Betrieben mit			Ostdeutsche in Betrieben mit		
	30.6.89	31.12.91	Wzw.-Struktur der Westdeutschen in %	Beschäftigungs-veränderung	Ostdeutsche in Westdeutschland am 31.12.91	Wzw.-Struktur der Ostdeutschen in %	Anteil der Ostdeutschen an Sp.4 in %	1 - 49 Besch. in %	50-499 Besch. in %	>= 500 Besch. in %	1 - 49 Besch. in %	50-499 Besch. in %	>= 500 Besch. in %
	001	002	003	004	005	006	007	008	009	010	011	012	013
I. LAND-, FORSTWIRTSCH., ENERGIEW., BERGBAU . . (000-080)	670,7	640,6	2,7	- 30,1	18,3	2	- 61	34,8	20,8	44,5	66,1	18,8	15,1
II. VERARBEITENDES GEWERBE (090-249,251-581)	8177,6	8560,2	36,6	382,6	382,3	32	100	22,4	34,8	42,8	33,0	41,3	25,8
II.1 G.-, Güterproduktion . (9-11,13-14,17-20,22,40,430)	1517,7	1537,1	6,6	19,4	58,1	5	299	16,1	28,3	55,6	32,1	40,0	28,0
II.2 Investitionsgüterproduktion . . (21,23-24,26-37)	4310,7	4539,2	19,4	228,5	184,2	15	81	18,0	31,1	50,9	31,6	37,9	30,6
II.2.1 Maschinenbau, Zahnräderherstellung . . (260-271)	1035,0	1094,4	4,7	59,5	43,7	4	73	14,7	40,7	44,5	28,9	45,8	25,3
II.2.2 Herstellung, Reparatur von Kfz. . . (280-301,379)	1066,0	1133,2	4,8	67,2	37,9	3	56	22,0	13,8	64,2	38,7	22,3	39,0
II.2.3 Elektrotechnik (340-349)	1096,5	1129,2	4,8	32,8	43,3	4	132	10,9	28,8	60,4	21,6	33,9	44,5
II.3 Verbrauchsgütergewerbe . (120,15-16,38-39,41-53)	1656,0	1747,6	7,5	91,6	84,4	7	92	31,1	48,5	20,5	32,8	49,8	17,4
II.4 Nahrungs-, Genussmittelgewerbe (540-581)	693,2	736,3	3,1	43,0	55,6	5	129	42,9	39,4	17,7	38,8	41,0	20,1
III. Baugewerbe (250,590-616)	1557,0	1687,4	7,2	130,3	138,2	12	106	63,2	32,1	4,6	60,7	34,8	4,5
IV. DIENSTLEISTUNGSSEKTOR (620-940)	11207,3	12520,9	53,5	1313,6	655,8	55	50	43,8	34,8	21,3	49,5	35,8	14,8
IV.1 Handel (620-625,850)	2935,3	3316,0	14,2	380,7	208,3	17	55	56,4	35,0	8,7	54,7	32,7	12,5
IV.2 Verkehr (630-683)	1044,7	1185,0	5,1	140,4	82,6	7	59	36,2	35,1	28,7	49,4	38,9	11,6
IV.2.1 Privatwirtschaftliche Verkehrsbetriebe (651-683)	575,6	673,7	2,9	98,2	62,3	5	63	49,4	35,1	15,4	58,0	36,5	5,6
IV.3 Wirtschaftbezogene Dienstleistungen 1*	2012,2	2387,1	10,2	375,0	146,2	12	39	46,6	35,1	18,4	44,6	45,5	9,9
IV.3.1 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe (690-691)	869,7	945,5	4,0	75,8	17,7	1	23	25,2	40,0	34,9	24,5	36,4	39,2
IV.3.2 Rechts-, Wirtschaftsber., Büro, Laborat. (790-801)	573,9	720,5	3,1	146,6	39,4	3	27	74,2	18,7	7,2	76,4	19,7	3,9
IV.3.3 Arbeitnehmerüberlassung (865)	77,5	103,1	0,4	25,6	48,9	4	191	29,3	67,5	3,2	24,7	72,6	2,8
IV.4 Haushalts-, freizeitbezogene Dienstleistungen 2*	980,4	1020,1	4,4	39,7	78,5	7	198	67,8	22,5	9,9	75,1	21,8	3,1
IV.4.1 Hotel- und Gaststättengewerbe . . . (700,703)	467,8	496,7	2,1	28,9	58,4	5	202	77,8	20,2	2,1	77,0	21,5	1,4
IV.4.2 Friseur-, Körperpflegegewerbe . . . (730-731)	165,9	160,1	0,7	- 5,8	7,6	1	- 131	96,6	3,3		93,2	6,8	
IV.5 Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen 3*	4234,8	4612,6	19,7	377,9	140,1	12	37	30,1	37,4	32,5	32,1	36,2	31,7
IV.5.1 Gesundheitswesen (780-785)	1266,5	1428,4	6,1	162,0	66,0	6	41	32,4	26,9	40,8	30,8	32,4	36,9
V. Wirtschaftszweig unbekannt	6,7	0,8			3,8								
Beschäftigte insgesamt	21619,3	23409,9	100,0	1790,6	1198,4	100	67	37,1	34,2	28,7	45,5	37,3	17,0

Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA;

Hinweis: Ergebnisse Sp. 5-7 und Sp. 11-13 auf Basis der Beschäftigtenstatistik geschätzt;

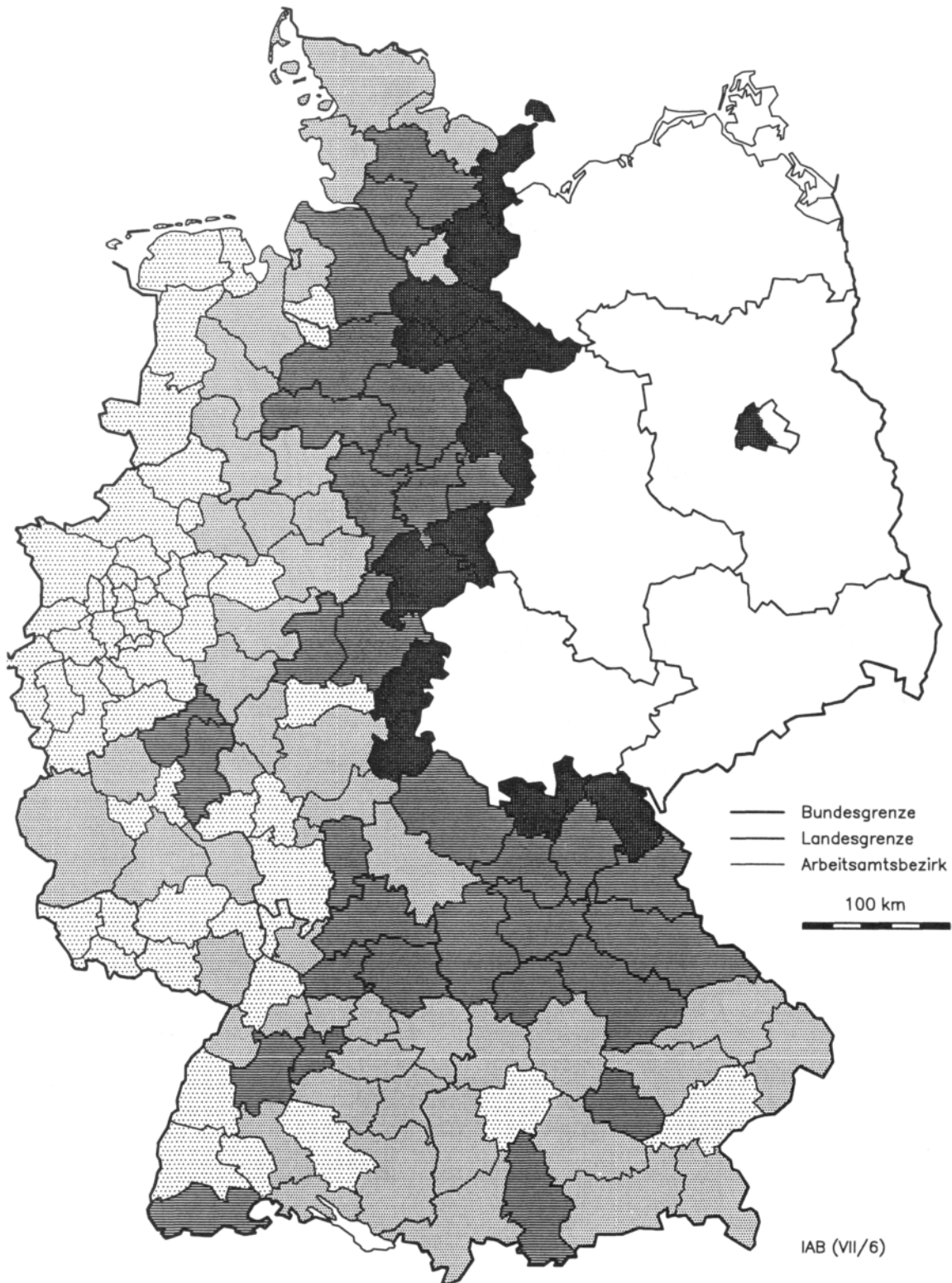
Karte 1: Regionale Verteilung ostdeutscher Arbeitnehmer in Westdeutschland Ende 1991



Anteil an allen in Westdeutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer aus Ostdeutschland (Pendler und Wanderer) Ende 1991 (in %); Minimum: 0,1; Maximum: 19,3; in Klammern: Klassenhäufigkeit
Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA; Zahl der ostdeutschen Arbeitnehmer auf der Basis der Beschäftigtenstatistik und des zentralen Einwohnermelderegisters geschätzt



Karte 2: Beschäftigtenanteile der ostdeutschen Arbeitnehmer in Westdeutschland Ende 1991



In Westdeutschland beschäftigte Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern (Pendler und Wanderer) bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Ende 1991 (in %); Minimum: 1,2; Maximum: 26,4
 Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA; Zahl der ostdeutschen Arbeitnehmer auf der Basis der Beschäftigtenstatistik und des zentralen Einwohnermelderegisters geschätzt; in Klammern: Klassenhäufigkeit

